

AUFTRAG

ISSN 1866-0843

VERBANDSZEITSCHRIFT

Gemeinschaft Katholischer Soldaten

01.2022 | Heft 311

HERAUS- FORDERUNG

A person is shown in mid-air, jumping over a deep chasm. The background features a range of mountains under a bright, hazy sky. The overall color palette is dominated by warm tones of orange, yellow, and red, suggesting a sunrise or sunset. The person is silhouetted against the bright sky.

Interview: Was können wir von der Bundesregierung in Außen- und Sicherheitspolitik erwarten?

Der Synodale Weg
Eine Zwischenbilanz

Israel und seine Konflikte
Zwischen eingefrorenen Auseinandersetzungen und regionaler Annäherung

Schwerpunktthema 2022
Digitalisierung

Die NATO und der Klimawandel

Aktuelle Meldungen
aus der GKS

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, als frisch gewählter Bundesvorsitzender möchte ich mich an Sie wenden und Sie herzlich begrüßen. Wir leben in bewegten, bewegenden und herausfordernden Zeiten!

In der Ukraine herrscht seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen Krieg. Unzählige Berichte und Bilder in den Sozialen Medien, in Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen bringen uns diesen Krieg nahe. Die flüchtenden Menschen, die mehr und mehr auch in unseren Städten und Ortschaften ankommen und die uns von ihrem Schicksal erzählen, stellen uns hautnah vor Augen: **In Europa herrscht Krieg!**

Keine 1000 Kilometer östlich unseres Landes wird geschossen, es rollen Panzer, Bomben fallen, Menschen sterben und alles, was Menschen über Generationen aufgebaut und geschaffen haben, wird zerstört. Das, was dort geschieht, macht nicht nur uns, sondern auch die Politikerinnen und Politiker in Europa, in den USA, in der NATO ratlos und in bestimmter Weise auch hilflos. Wie kann dieser Wahnsinn beendet werden? Welche Möglichkeiten haben wir? Wieviel dürfen wir tun? Wie realistisch ist die Gefahr, dass ein Zuviel des Tuns den 3. Weltkrieg auslöst? Dies alles trifft uns, trifft Europa, die Welt in einer Situation, in der zwei Jahre Corona-Pandemie hinter uns liegen, die dem Einzelnen, den Gesellschaften und den Staaten viel abverlangt und zum Teil tiefe Spuren hinterlassen haben. Noch ist kein Ende abzusehen.

Dann gibt es den Klimawandel, der unsere Aufmerksamkeit als Menschheit erfordert, wenn wir seine negativen Folgen noch aufhalten wollen.

Auch die Kirche steht inmitten schwieriger Veränderungsprozesse – sichtbar am Synodalen Weg, der Grundlegendes infrage stellt.



Foto: Ulrich Schäffer

Oberstleutnant Ulrich Schäffer
Bundesvorsitzender der GKS

Und als kleines Teilchen mittendrin gibt es auch in unserer Gemeinschaft Veränderungen. Eine Folge dieser ist, dass ich Sie und Euch als neuer Bundesvorsitzender begrüßen darf. Nach dem unvorhergesehenen Rücktritt meines Vorgängers, Stabshauptmann Andreas Quirin, habe ich zahlreiche Gespräche geführt, die mich darin bestärkt haben, für dieses wichtige Amt in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zu kandidieren. Die Mitglieder der Bundeskonferenz, die planmäßig vom 24.03. bis 26.03.2022 in Lutherstadt Wittenberg stattgefunden hat, haben mich gewählt und so freue ich mich, meine Erfahrungen in unsere gemeinsamen Anstrengungen für festen Glauben, Frieden und Freiheit einzubringen.

Ein guter Teamgeist und ein harmonisches Miteinander sind mir ebenso wichtig, wie dringende Anliegen an Verantwortliche in Politik, Militär und Gesellschaft heranzutragen, um die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen mitzugestalten. Besonders wichtig ist es mir, ansprechbar für alle zu sein und eine Atmosphäre zu schaffen, in der es Freude macht, sich in die GKS einzubringen und miteinander im Geiste unserer drei B's: **Besinnung – Bildung – Begegnung** unterwegs zu sein.

Wir leben in herausfordernden Zeiten. Aber wir haben die Chance, etwas zum Guten zu bewegen, wenn wir uns diesen Herausforderungen stellen. Alle sind herzlich eingeladen, mitzumachen. Ich freue mich darauf!

Ihr Ulrich Schäffer



Der Synodale Weg:
Eine Zwischenbilanz

20

GKS-Meldungen

- 06 Aktuelle Meldungen
aus dem Verbandsleben der GKS
- 09 Auf ein Wort mit dem
neuen Bundesvorsitzenden

Titelthemen

- 16 Interview: Was können wir von der
Bundesregierung in Außen- und Sicherheits-
politik erwarten?
- 20 Der Synodale Weg: Eine Zwischenbilanz
- 30 Israel und seine Konflikte: Zwischen eingefro-
renen Auseinandersetzungen und regionaler
Annäherung
- 32 Schwerpunktthema 2022: Digitalisierung
- 38 Die NATO und der Klimawandel
- 46 Meinung: Was macht eine christliche
Friedens- und Konfliktethik aus?

Weitere Rubriken

- 3 Editorial
- 12 Panorama
- 14 Wort des Geistlichen Beirats
- 44 Medien/Buchempfehlung
- 47 Impressum



Schwerpunktthema 2022:
Digitalisierung

Die Coronakrise hat die strukturellen Schwä-
chen der Gesundheitsämter offengelegt. Die
Behörden waren unterdigitalisiert.

32



Die NATO und der
Klimawandel

38

Blitzlichter auf die Bundeskonferenz 2022 in Wittenberg

Vom 24. bis 26. März 2022 fand im Rahmen der „61. Tage der Begegnung“ die Bundeskonferenz der GKS in der Lutherstadt Wittenberg statt. Diese Tage waren in dieser Form zugleich die letzten, denn ab dem nächsten Jahr werden die Vollversammlung des Katholikenrats und die Bundeskonferenz der GKS unabhängig voneinander tagen. Dies ist die Konsequenz aus einer umfangreichen Änderung der Rahmenordnung, die im Jahr 2021 in Kraft getreten ist.

Der gemeinsame Teil der „Tage der Begegnung“ fand in der Schlosskirche zu Wittenberg statt, in der Martin Luther und Philipp Melanchton beigesetzt sind, und schloß mit der Heiligen Messe, die Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck mit den Anwesenden feierte. In seiner Predigt legte der Militärbischof den Fokus auf die vielfältigen Herausforderungen, denen wir uns in Welt und Kirche derzeit zu stellen haben. In allen diese Herausforderungen gehe es darum, aus der Botschaft der Heiligen Schrift heraus Optionen und Chancen zur Lösung dieser Herausforderungen zu entwickeln. Kern sei es dabei, echte Menschlichkeit zu leben. Dazu ermutige uns das Vorbild Jesu, der uns zur Nachfolge aufruft: „Mach's wie Gott, werde Mensch!“.



Einzug in die Schlosskirche zu Wittenberg

MELDUNGEN aus dem Verbandsleben

Texte: GKS-Redaktion
Fotos: GKS



Oberstleutnant Rufin Mellentin während des Panels

Berichte von der Bundesebene, aus den Bereichen und den Sachausschüssen:

In Interviewform erfolgte die Berichterstattung über die Arbeit des vergangenen Jahres. Deutlich wurde, dass überall die coronabedingte Zeit der Veranstaltungsflaute genutzt worden ist, um Vorbereitungen zu treffen dafür, wenn es wieder los geht. Besonderen Wert wurde in den vergangenen Monaten auf die Beziehungspflege und das gute Miteinander gelegt, das beides die Basis unserer Gemeinschaft und die Voraussetzung unserer Schlagkraft bildet.

Letztmalig berichtete auch der bisherige Bundesvorsitzende, Stabshauptmann Andreas Quirin. Coronabedingt konnte er nicht persönlich an der Veranstaltung teilnehmen, sondern war über Zoom zugeschaltet. Er bedankte sich für die gemeinsame Zeit und die Unterstützung bei der Erfüllung der angefallenen Aufgaben und schloss mit den besten Wünschen für die weitere Arbeit des Verbandes. Die Versammlung gab diesen Dank zurück und verabschiedete den scheidenden Vorsitzenden mit Applaus.



Die Ehrenbundesvorsitzenden Oberst a. D. Karl-Jürgen Klein und Oberst Rüdiger Attermeyer übergaben die Fahne an den neuen Bundesvorsitzenden Oberstleutnant Ulrich Schäffer zum Amtsübergang.

Wahlen

Oberstleutnant Schäffer ist neuer Bundesvorsitzender

Der außerturnsmäßige Rücktritt des Bundesvorsitzenden, Stabshauptmann Andreas Quirin, aus persönlichen Gründen machte Wahlen notwendig. Um nicht unterschiedliche Wahlperioden der Stellvertreter*innen und des Vorsitzenden zu haben, stellten auch die beiden Stellvertretenden Bundesvorsitzenden ihre Ämter zur Verfügung, erklärten sich aber bereit, wieder zu kandidieren, wenn dies gewünscht sei. Nach ausführlicher Wahlvorbereitung wurde dann am Samstag gewählt: Mit großer Mehrheit wurde Oberstleutnant Ulrich Schäffer als Bundesvorsitzender gewählt. Oberstleutnant Gerd Fridrich und Hauptfeldwebel Juliana Haberlag wurden als Stellvertretende Bundesvorsitzende wiedergewählt. In Abwesenheit des scheidenden Bundesvorsitzenden übergaben die Ehrenbundesvorsitzenden Oberst a. D. Karl-Jürgen Klein und Oberst Rüdiger Attermeyer die Fahne zum Amtsübergang. Erste Informationen über den neuen Bundesvorsitzenden gibt es im Kästchen Kurzportrait, mehr dann im kommenden AUFTRAG.

Friedens- und konfliktethische Fortbildung

Aktueller konnten wir mit unserem Bildungsteil nicht sein. Dr. Marco Schrage vom Institut für Theologie und Frieden in Hamburg stellte uns friedens- und konfliktethischen Reflexionen zum internationalen bewaffneten Konflikt zwischen Russland und der Ukraine vor. Er nahm uns mit hinein ins gedankliche Ringen zur ethischen Beurteilung dessen, was sich dort, keine 1000 Kilometer von uns entfernt, abspielt und dazu, welche Verpflichtungen daraus für uns entstehen, als Nachbarn und Menschen, die ähnliche Werte teilen und von denen die Menschen in der Ukraine Hilfe erwarten und fordern. Wer sich näher damit befassen möchte, dem sei der Artikel von Dr. Schrage auf Seite 46 empfohlen.



Dr. Schrage während seines Vortrags



Rundgang durch die Reformationsstadt

Keine Stadt in Deutschland ist so sehr mit Luther und der Reformation verbunden wie Wittenberg. Natürlich galt es also, sich Zeit freizuschaffen und bei einem Stadtrundgang unsere Kenntnisse über die Reformation, Luther und Melanchthon aufzufrischen und mit eigenen Augen die berühmten Orte anzuschauen. Die Schlosskirche, das Portal des Thesenanschlags, Luthers Wohnhaus, die Kirche, in der er als Prediger wirkte, ... beeindruckend und Geschichte atmend.

GKS meets Haseloff

Und mitten im Hof des Hauses Luther, das wir auf unserem Stadtrundgang besuchten, „stolperten“ wir über den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, einen waschechten Wittenberger und bekennenden Katholiken. Rasch waren wir mitten ins Gespräch vertieft über die Ukraine, die gesellschaftliche Situation in Deutschland und die Situation unserer Kirche. Und natürlich durfte auch ein „Gruppenbild mit Haseloff“ nicht fehlen.



Abschlussgottesdienst

In der kleinen aber feinen katholischen Kirche von Wittenberg feierten wir zum Abschluss der Bundeskonferenz mit unserem Geistlichen Beirat, Militärdekan Bernd F. Schaller, eine Heilige Messe. Dabei wurden auch die Fahnen, die coronabedingt fast zwei Jahre in der Kammer der Bundesgeschäftsstelle auf ihren Einsatz gewartet hatten, durch ihn gesegnet und dann an die anwesenden Kreise übergeben. Nun können alle Kreise bei ihren nächsten Veranstaltungen im wahrsten Sinne des Wortes Flagge zeigen.



Marian Schieblski interviewt die Bereichsvorsitzenden Leutnant Marcel Rost (in der Mitte) und Oberstleutnant Ulrich Schäffer

Auf ein Wort Kurzporträt des neuen Bundesvorsitzenden Ulrich Schäffer

Ich wurde im November 1966 als „Ne echt kölsche Jung us em Vringveedel“ geboren und wuchs in der Kölner Innenstadt auf. Seit 1977 lebe ich in Erftstadt-Lechenich in einer festen Beziehung und bin Vater zweier Töchter (20) und (13). 1986 trat ich meinen Dienst in der Bundeswehr an und bin seit 1993 Berufssoldat. Derzeit bin ich als Oberstleutnant der Bundeswehr eingesetzt im Luftwaffentruppenkommando Köln-Wahn im Bereich Boden. Dort bin ich für Sonderprojekte zuständig und als Experte auf den Gebieten Militärische Sicherheit und Informationsoperationen.

Der Bezug zu Köln, Kirche und Karneval hat mich geprägt. So war ich viele Jahre Messdiener und engagiere mich in meiner Kirchengemeinde u. a. für die Sternsinger-Aktion. Ich bin quasi seit Geburt Mitglied der KAJUJA Köln, einer Kölner Karnevalsvereinigung, die ihre Wurzeln in der Katholischen Jugend hat und aktiv Nachwuchs für den Karneval ausbildet.

Auch politisch bin ich seit Jahrzehnten engagiert. Zuerst in der Jungen Union, dann in der CDU und für diese in der Kommunalpolitik und in verschiedenen Funktionen auf kommunaler und landespolitischer Ebene der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, die meine Familie und ich bei den verschiedenen Veranstaltungen erleben durften, das gemeinsame Unterwegssein im Glauben und die inhaltliche Arbeit der GKS haben mich davon überzeugt, dass ich mich auf der Vorstandsebene für den Verband engagieren möchte. Dabei war mir als Bereichsvorsitzender und ist mir

jetzt als Bundesvorsitzender der GKS ein gutes Miteinander und echter Teamgeist besonders wichtig. Viele Herausforderungen liegen vor uns: Die zurückliegenden Corona-Monate haben Präsenzveranstaltungen unmöglich gemacht oder erschwert. Begegnung und das Erleben von Gemeinschaft waren teilweise äußerst schwierig. Menschen für die GKS, für unsere Ziele, Inhalte und das Unterwegssein als Soldatinnen und Soldaten aus dem Glauben heraus zu begeistern, braucht echte Begegnung und ist digital nur schwer möglich. Nun werden Veranstaltungen und Themenwochenenden wieder möglich sein und ich konnte bei der Bundeskonferenz erleben, dass viele Kreisvorsitzende und ihre Teams schon eifrig bei den Vorbereitungen sind. Viel Erfolg und Freude dabei – und schon jetzt sage ich Euch alle Unterstützung zu!

Auch inhaltlich liegen viele Herausforderungen vor uns, sei es auf dem Gebiet der Friedensethik, der Sicherheitspolitik, der Inneren Führung und der Verteidigungspolitik. Ich weiß, diese Herausforderungen in guten Händen bei unseren Sachausschüssen und freue mich auf ihre Gedanken und Zuarbeit. Uns liegt es am Herzen, mit anderen unterwegs zu sein – in der Militärseelsorge, in unserer Kirche, ökumenisch, in der Politik und auch international. Hier gilt es, bestehende Kontakte zu pflegen und auszubauen, aber auch neue Verbindungen in unserem bestehenden Netzwerk zu knüpfen. Erste Gelegenheiten hierzu werden die AMI-Konferenz in London und der Katholikentag in Stuttgart sein. ■



„Klar nervt Corona, aber es geht voran“

Von Nora Bach-Sliwinski – Fotos: GKS

Der Bereich GKS-West hat es nicht leicht: Ende 2019 wurde der Bundesvorstand neu aufgestellt und strotzte voller Tatendrang. Neue Projekte sollten verwirklicht und neue Themenwochenenden veranstaltet werden. Und dann kam alles anders: Corona kam! Die Pandemie-Welle überrollte den Globus und zwang alle Menschen, drastische Entscheidungen zu treffen. In diesem Moment stand die Welt still, soziale Kontakte wurden eingeschränkt, Veranstaltungen gestoppt und das Leben, wie es vorher noch existierte, zum „Neuen Normal“ erklärt.

Fast zwei Jahre lang fielen auch im Bereich GKS-West pandemiebedingt die Veranstaltungen aus. Ende November 2021 dann der lang ersehnte Hoffnungsschimmer: Die Bereichskonferenz konnte unter strenger Einhaltung aller Hygienemaßnahmen in Präsenz im „Maria in der Aue“ in Wermelskirchen stattfinden. Dies war das erste Mal, dass man die Kreisvorsitzenden und Hauptverantwortlichen des Bereichs „live und in Farbe“ sehen konnte. Der stellvertretende Vorsitzende, Frank Nowak, leitete die Veranstaltung, denn aufgrund der 2G-Regel konnte der Vorsitzende Ulrich Schäffer nicht vor Ort sein.

Hauptthemen der Veranstaltung waren die Berichte aus den Arbeitsbereichen sowie die Vorbereitung für das Jahr 2022. Ein wesentliches Thema der Veranstaltung war die Präsentation und Erörterung der Haushaltsmittellage für die nächsten Jahre. Neben dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Gerd Friedrich, der Ergebnisse aus der Arbeit der „Arbeitsgemeinschaft Zukunft“ vorstellte, nahm auch der leitende Militärdekan, Monsignore Rainer Schnettker, teil. Er präsentierte die aktuellen Entwicklungen in der Militärseelsorge. Dabei war das Hauptthema die Neuordnung für die Gremien. Den Laien soll in der Katholischen Militärseelsorge mehr Verantwortung übertragen werden. So sollen die bekannten Mitarbeiterkreise und Pfarrgemeinderäte zusätzlich um den Regionalrat ergänzt werden.

„Es gilt schließlich, auch über ein Leben während und nach der Pandemie nachzudenken!“



Ein Zeichen für die Zukunft

Der Bereichsvorsitzende, Ulrich Schäffer, schaltete sich per Video dazu. Insbesondere galt es ihm, ein Zeichen für die Zukunft zu setzen: „Wir können vielleicht nicht überall sein, aber die Pandemielage hat uns gezeigt, dass wir kreativ sein können und wollen. Die technische Infrastruktur hat das ein Stück weit befördert!“, so Schäffer im Gespräch: „Wir wollen Projekte im Bereich West voranbringen. Es gab zwar ein Leben vor der Pandemie, aber es gilt schließlich, auch über ein Leben während und nach der Pandemie nachzudenken! Dazu müssen wir mutig sein und verschiedene Formate ausprobieren und weiterentwickeln. Wir haben sowohl Ideen für das nächste Jahr als auch für unsere Thomas-Morus-Akademie.“

Der Bereich GKS-West legte an dem Wochenende auch die finanzielle Unterstützung für das Gemeinschaftsprojekt zwischen Katholischer Militärseelsorge, Katholischer Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) und der Katholischen Familienstiftung für Soldaten #Wir für Euch fest. Das Ziel des Projekts ist dabei, betroffenen Soldatenfamilien bei der Bewältigung der Flutkatastrophe im Ahrtal zu helfen. Im Schwerpunkt hierzu steht die Hilfe zur Selbsthilfe, Kinderbetreuung, Familienausflüge, therapeutische oder seelsorgliche Begleitung. Auf der Konferenz wurde des Weiteren die Wahl zum Bereichsvorstand durchgeführt. Einstimmig wurde der alte Vorstand bestätigt und Christoph König (gleichzeitiger Vorsitzender Kreis Saarland) als zusätzlicher Stellvertretender Vorsitzender gewählt.

Den Abschluss machte in altgewohnter Weise der geistliche Beirat im Dekanat Köln, Monsignore Schnettker, mit einer besinnlichen Adventsmesse. Der wiedergewählte Bereichsvorsitzende, Ulrich Schäffer, konnte auch aus der Ferne feststellen, dass diese Konferenz ein bewegender Moment für den Bereich GKS-West war: „Klar nervt Corona, aber es geht voran! Die GKS und vor allem die Bereiche und Kreise leben von den Aktivitäten und der Menschlichkeit. Das Ende der Pandemie ist in Sicht. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir auch jetzt mit den Menschen für die Menschen sein müssen!“



Bild oben: Heilige Messe mit dem Geistlichen Beirat des Bereichs GKS-West, Militärdekan, Monsignore Rainer Schnettker

Bild unten: Materialkofferübergabe durch die stellvertretenden Bereichsvorsitzenden, Oberstleutnant Nowak und Stabsfeldwebel Michael Ternes, an die Kreisvorsitzenden.



Господин Путин,
Пожалуйста
прекратите войну

Herr Putin, bitte stoppen Sie den Krieg!

HERR PUTIN, BITTE STOPPEN SIE DEN KRIEG!

Katholiken schicken 10.000 Friedenspostkarten an Putin

Dillenburg (KNA) 10.000 Friedenstauben-Postkarten will eine katholische Kirchengemeinde an den russischen Präsidenten Wladimir Putin verschicken. Die Karten sind mit einer weißen Friedenstaube auf blauem Hintergrund bedruckt - und mit der auf Russisch und Deutsch formulierten Forderung: „Herr Putin, bitte stoppen Sie den Krieg!“

Auf der Rückseite der an das Präsidentenbüro adressierten Karte kann jeder eigene Nachrichten vermerken. „Uns ist bewusst, dass die Karten Putin wohl nie erreichen werden, aber wir möchten mit der Aktion ein Zeichen für den Frieden setzen“, sagte Projektinitiatorin Bettina Tönnesen-Hoffman von der Pfarrei „Zum Guten Hirten“ am Dienstag in Dillenburg. „Und vielleicht bringen die Karten die eine oder den anderen, die oder der sie in Russland zu Gesicht bekommt, zum Nachdenken.“

Die Postkarten sind über die Pfarrei erhältlich, können aber auch als PDF-Vorlage selbst ausgedruckt werden. Frankiert werden müssen sie mit 95 Cent.



Fotoauswahl und Foto von MD Bernd F. Schaller

Das Wort des Geistlichen Beirats

„Geistliche Tage für geistliche Menschen!“ – Unter diesem Motto standen zehn Tage, die ich Anfang März in Ägypten und Israel verbringen durfte, „geistliches Auftanken“ für den Geistlichen Beirat. Besonders fordernd und zugleich faszinierend waren der nächtliche Aufstieg auf den Mosesberg (Sinai) und der Besuch des Katharinenklosters am Fuße des Sinai. Dort befindet sich die sogenannte „Dornbuschkapelle“ und an deren Außenmauer das abgebildete Mosaik. Es fasst anschaulich den Text aus dem 3. Kapitel aus dem Buch „Exodus“ zusammen (Ex 3, 1-8a.10.13-15). Dies waren auch die Inhalte meines geistlichen Impulses und der Predigt bei der zurückliegenden Bundeskonferenz in der Lutherstadt Wittenberg. Auszüge daraus sollen nachfolgend wiedergegeben werden.

„Mose weidete die Schafe und Ziegen seines Schwiegervaters Jitro, des Priesters von Midian. Eines Tages trieb er das Vieh über die Steppe hinaus und kam zum Gottesberg Horeb. Dort erschien ihm der Engel des Herrn in einer Feuerflamme mitten aus dem Dornbusch. Er schaute hin: Der Dornbusch brannte im Feuer, aber der Dornbusch wurde nicht verzehrt. Mose sagte: Ich will dorthin gehen und mir die außergewöhnliche Erscheinung ansehen. Warum verbrennt denn der Dornbusch nicht?“ (Ex 3,1-3)

Mitten in seinem Arbeitsalltag, im „Dienstbetrieb“ macht Mose eine ungewöhnliche Entdeckung. Nur weil er aufmerksam und offen ist, Weitblick besitzt, bleibt ihm das Neue nicht verborgen, nimmt es in den Blick. Seine Neugier setzt ihn in Bewegung, lässt ihn nicht kalt, er ist Feuer und Flamme. Im Bild sieht man ihn nicht vor, sondern mitten im Dornbusch. Ein schönes Zeichen, das auch uns als GKS etwas zu sagen hat: Unser Glaube soll und darf auch während unseres Dienstalltags eine Bedeutung haben, sich nicht auf religiöse Auszeiten beschränken. Geistliche Neugier für Neues im Glauben darf auch uns antreiben, neue Wege zu gehen, ohne zu wissen, was auf uns zukommt. Sich von Gott in Brand setzen zu lassen, ist auch im 21. Jahrhundert angesagt und notwendig.

„Als der Herr sah, dass Mose näher kam, um sich das anzusehen, rief Gott ihm mitten aus dem Dornbusch zu: Mose, Mose! Er antwortete: Hier bin ich. Er sagte: Komm nicht näher heran! Leg deine Schuhe ab; denn der Ort, wo du stehst, ist heiliger Boden.“ (Ex 3,4-5)



Foto: Biederl / KVB

Militärdekan Bernd F. Schaller
Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene

„Unser Glaube soll und darf auch während unseres Dienstalltags eine Bedeutung haben.“

Gott eröffnet die Kommunikation mit Mose nicht mit einem „He, Du“ oder „Hallo Fremder“. Er spricht ihn mit seinem Namen an und signalisiert ihm damit, dass er ihn kennt, dass er als Mensch einzigartig ist, dass kein anderer als er gemeint ist. Und Mose gibt Antwort auf Gottes Anruf. Gott fordert ihn auf, alles abzulegen was nicht wichtig ist, was ihn ablenkt, ihn beschwert und vom Wesentlichen ablenkt. Er erinnert ihn daran, dass Gottesbegegnung immer etwas Außergewöhnliches, etwas Heiliges ist, er ein Teil der Heilsgeschichte Gottes mit den Menschen ist. Im Bild ist es eindrucksvoll dargestellt, wie Mose sein Gesicht aufmerksam dem zuwendet, der ihn ruft. Der Heiligenschein bringt zum Ausdruck, dass Mose als Geschöpf Gottes Anteil hat am Göttlichen. Auch uns als Menschen und Christen spricht er mit dem Namen an, den wir in der Taufe empfangen haben. Auch uns nimmt er ernst, eine jede und einen jeden von uns. Auch uns fordert er auf, uns auf die Inhalte der frohen Botschaft zu konzentrieren, auf das was wirklich zählt, und uns nicht in Formalitäten, Strukturen und Liebgewordenem aufzureiben.

„Und jetzt geh! Ich sende dich zum Pharao“ (Ex 3, 10a) Mose bekommt einen Auftrag von Gott, der kein Kinderspiel ist und scheinbar von einem Menschen nicht zu schaffen ist. Aber Gottes Zusage ist unmissverständlich: Ich sende dich! Im Bild zeigt Gottes Hand die Richtung an, gibt Orientierung. Auch wir haben als Christen den konkreten Auftrag, Gottes Wort in die Welt zu tragen, in unserem Alltag, dort wo wir sind. Auch wir haben die Zusage, dass er uns Richtung und Wegweisung dazu gibt. ■

Was können wir von der Bundesregierung in Außen- und Sicherheitspolitik erwarten?

Seit acht Jahren dauert der Krieg in Osteuropa bereits an, 13.000 Menschen starben in der Ost-Ukraine. Doch nicht nur die Spannungen zwischen Russland und Nato/EU nehmen stetig zu, auch die Rivalität zwischen China und den USA birgt Gefahren. Dennoch spielte Außen- und Sicherheitspolitik im vergangenen deutschen Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle. Was ist dazu von der neuen Ampelkoalition zu erwarten?

Die Autorin



Foto: Inga Sommer

Die Autorin Julia Weigelt ist Fachjournalistin für Sicherheitspolitik in Hamburg. <https://www.sicherlich.net>

Klar, in der Ampel gibt es auch Gelb. Doch Außen- und Sicherheitspolitik ist für diese Legislaturperiode eher eine Frage zwischen Rot und Grün: mit der grünen Außenministerin Annalena Baerbock und der SPD, die außer Kanzler Olaf Scholz auch Entwicklungsministerin Svenja Schulze und Verteidigungsministerin Christine Lambrecht stellt. Deswegen geht es in diesem Text vor allem darum, was Rot-Grün vereint und darum, wo Konfliktlinien liegen.

Baerbock hat vorgelegt: Bereits bei ihrem Amtsantritt reiste sie nach Paris, Brüssel und Warschau, einen Monat später in die USA. Scholz wirkte dagegen für Beobachter oft eher zögerlich. AUFTRAG fragt zwei Experten: Nicole Koenig, stellvertretende Direktorin des Jacques Delors Centres an der Hertie School Berlin, und Michael Brzoska, Senior Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Uni Hamburg.

Wo sehen Sie Konflikte zwischen den Ampelkoalitionären?

Michael Brzoska: Etwa bei Russland und China. Da geht es um den Gegensatz zwischen Pragmatismus und Werteorientierung. Zwar steht im Koalitionsvertrag, dass man eine werbetaserte Außenpolitik machen will, aber da ist ja noch nicht so richtig klar, welche Werte und in welchem Ausmaß man dann die Werte wirklich in der praktischen Politik wirksam werden lässt. Vielen Sozialdemokraten ist Kooperation mit der chinesischen und russischen Führung wichtig. Deswegen werden Themen, bei denen man weiß, dass die andere

Seite allergisch reagiert, entweder gar nicht angesprochen oder nur unter dem Punkt „Sonstiges“. Für die Grünen sind Menschenrechtsfragen, Fragen von Demokratie und Pressefreiheit ganz oben auf der Agenda. Da ist die Konfliktlinie zu China sogar noch massiver als gegenüber Russland.

Nicole Koenig: Bei der SPD ringt man ja gerade um die Idee einer neuen Ostpolitik. Da geht es um einen stärkeren Dialog mit Russland, aber auch um die Frage, ob die Pipeline Nord Stream 2 als reines Wirtschaftsprojekt angesehen werden kann. Davon hat sich ja jetzt Scholz ein Stück weit distanziert. Grüne und FDP sind allerdings eindeutiger dafür, die Pipeline auch in einen möglichen Sanktionskatalog aufzunehmen. Was erwarten Sie bei der Bewältigung der Klimakrise und ihren Folgen? Teile der klimapolitischen Zuständigkeiten sind ja nun vom Umwelt- ins Außenministerium gewandert.



Foto: Isis Martins

„Mehr Zusammenarbeit ist möglich, wenn es eine starke deutsch-französische Achse gibt.“

Michael Brzoska, Friedens- und Konfliktforscher sowie Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik.

Was erwarten Sie bei der Bewältigung der Klimakrise und ihren Folgen? Teile der klimapolitischen Zuständigkeiten sind ja nun vom Umwelt- ins Außenministerium gewandert.

Michael Brzoska: Es ist sicherlich wichtig und richtig, dass man das versucht zu bündeln. Ich erwarte schon, dass wir da eine Menge an Aktivitäten erleben werden in der Außenpolitik. Etwa, in Russland erneuerbare Energien attraktiver zu machen, indem man Technologieabkommen schließt. Und auch bei Entwicklungszusammenarbeit kann man das Klimathema stärker in den Vordergrund stellen durch Veränderungen der finanziellen Förderung.

Nicole Koenig: Das Schlagwort der Klimaaußenpolitik muss sich erst mal in der Praxis beweisen. Es gibt ja die Überlegungen, Klima-, Energie- und Entwicklungspartnerschaften aufzusetzen. Und da wird der wahre Lackmustest wahrscheinlich erst mit der deutschen G7-Präsidentschaft kommen.

Im Koalitionsvertrag ist auch die Rede von einer feministischen Außenpolitik. Wie wird die aussehen?

Michael Brzoska: Es geht unter anderem darum, dass Frauen stärker beteiligt werden, etwa in Friedensverhandlungen, bis hin zu UN-Friedensmissionen.

Nicole Koenig: Es geht auch um die Repräsentanz von Frauen in Gremien. Und da ist es schon mal ein gutes Zeichen, dass wir zum ersten Mal eine Außenministerin haben und dass im Kabinett jenseits des Kanzleramts alle außen- und sicherheitspolitischen Positionen mit Frauen besetzt sind.

Was erwarten Sie mit Blick auf europäische Zusammenarbeit und die Debatte um eine strategische Souveränität der EU?

Michael Brzoska: Mehr Zusammenarbeit ist angesichts der euroskeptischen Haltung vieler osteuropäischer Länder nur möglich, wenn es wirklich eine starke deutsch-französische Achse gibt. Auf deutscher Seite entdecke ich eine große Bereitschaft zu mehr Zusammenarbeit.

Nicole Koenig: Die Frage der strategischen Souveränität ist gut am Beispiel von Auslandseinsätzen zu diskutieren: Inwieweit kann und will Deutschland sich mit den Europäern auch ohne Beteiligung der USA engagieren? Wenn es in diese Richtung gehen soll, müssen militärische Kapazitäten, etwa bei strategischem Transport, bei Luftbetankung und im Nachrichtenwesen, ausgebaut werden. Dafür muss Deutschland stärker mit europäischen Partnern kooperieren, wie etwa beim Kampfjet der nächsten Generation FCAS. >>

Im Koalitionsvertrag steht, die Bundesregierung strebt an, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Entwicklungszusammenarbeit, Diplomatie und Verteidigung zu investieren. Ist es sinnvoll, die drei Ressorts finanziell zusammen zu betrachten?

Nicole Koenig: Dieses Ziel hatte die FDP schon länger in ihren Wahlprogrammen. Es wird gerade von den Amerikanern immer als Versuch gesehen, das Zwei-Prozent-Ziel der Nato zu umgehen. Es bleibt allerdings die Frage: Was bedeutet das ganz konkret? Was rechnet man dann da rein und was bedeutet das für die Verteidigung? Es ist wichtig, dass es genug Budget dafür gibt, Fähigkeitslücken bei der Bundeswehr schließen zu können.

Michael Brzoska: Natürlich ist es möglich, mit dem Drei-Prozent-Ziel auch näher an die zwei Prozent der Nato ranzukommen. Diese Formulierung im Koalitionsvertrag war ein Kompromiss: SPD und Grüne lehnen das Zwei-Prozent-Ziel ab, die FDP ist dafür. Das wird noch zu erheblichen Auseinandersetzungen führen.



Foto: Dr. Nicole Koenig

„Ein Abzug hat den Preis, dass andere Akteure vor Ort die Rolle übernehmen werden.“

Nicole Koenig ist stellvertretende Direktorin des Jacques Delors Centre. Sie forscht schwerpunktmäßig zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

Wie schätzen Sie die Strategiefähigkeit der Ampelkoalition ein, wenn es darum geht, konkret messbare Ziele und Mittel zu ihrer Erreichung zu definieren? Es soll ja eine nationale Sicherheitsstrategie kommen.

Michael Brzoska: Ich bin da ganz zuversichtlich. Im Koalitionsvertrag ist ja auch von einem erweiterten Sicherheitsbegriff die Rede. Dasselbe ist ja schon mal versucht worden beim letzten Weißbuch 2015/2016. Das ist gescheitert, nicht zuletzt auch an den Ressort-Egoismen. Jetzt kommt es darauf an, dass so ein Prozess zentral gesteuert wird und dass man nicht wieder das Problem bekommt, dass Außen- und Verteidigungsministerium sich nicht einigen können und das Entwicklungsministerium sagt: Wir wollen damit sowieso gar nichts zu tun haben.

Nicole Koenig: Ich bin auch zuversichtlich. Ich weiß nicht genau, wie der Zeitplan ist bei der nationalen Sicherheitsstrategie und wie der Prozess gestaltet werden soll. Aber man kann schon sagen, dass ein Prozess hin zu so einem Dokument die Beteiligten zwingt, ein bisschen konkreter zu werden – was die Ziele angeht und die Prioritäten. Das sieht man auch auf europäischer Ebene, wo seit zwei Jahren ein Strategieprozess läuft, der seinerseits dann wieder in die deutsche Strategie einfließen dürfte.

Der Koalitionsvertrag erklärt, in Bezug auf Auslandseinsätze solle eine Exit-Strategie „stets vorhanden“ sein. Wie müsste die aussehen?

Michael Brzoska: Man könnte natürlich konkret festlegen: Wenn etwa die malische Regierung mit russischen Söldnern zusammenarbeitet, zieht Deutschland seine Truppen ab. Man muss das allerdings mit den Konsequenzen abwägen. Was heißt das zum Beispiel zur Frage von Terrorismus in Mali? Was heißt das für Nachbarländer? Insofern ist es richtig, eine Exit-Strategie zu definieren. Aber strikt kann man das nicht machen, weil die Entwicklung von Auslandseinsätzen und die Folgen eines Abzugs in der jeweils aktuellen Situation gar nicht zu überblicken sind.

Nicole Koenig: Eine der Lehren, die vielfach aus dem Afghanistaneseinsatz gezogen wird, ist ja, dass man keinen Staatsaufbau mehr betreiben möchte. Und dann ist eben die Frage: Was ist eigentlich das Ziel? Ein Abzug aus einem Einsatzland hat gleichzeitig auch den Preis, dass andere Akteure vor Ort diese Rolle übernehmen werden. Deswegen ist die Idee einer klaren Exit-Strategie wahrscheinlich eine Utopie. Gleichzeitig kann die Reflektion darüber dazu führen, dass Mandate realistischer gestaltet und regelmäßig überprüft werden, was sehr zu begrüßen wäre. ■

DER KOALITIONSVERTRAG IN AUSZÜGEN

EUROPA

- Die strategische Souveränität Europas wollen wir erhöhen. Dies bedeutet, Handlungsfähigkeit im globalen Kontext herzustellen und in wichtigen strategischen Bereichen wie Energieversorgung, Gesundheit, Rohstoffimporte und digitale Technologie, weniger abhängig und verwundbar zu sein, ohne Europa abzuschotten.

- Wir werden kritische Technologie und Infrastruktur besser schützen, Standards und Beschaffung daran ausrichten und ein europäisches Open Source 5/6G-Konsortium initiieren. Europäische Unternehmen schützen wir besser gegen extraterritoriale Sanktionen.

- Wir setzen uns für eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP) in Europa ein. Die EU muss international handlungsfähiger und einiger auftreten. Wir wollen deshalb die Einstimmigkeitsregel im EU-Ministerrat in der GASP durch Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit ersetzen und dafür mit unseren Partnern einen Mechanismus entwickeln, um auch die kleineren Mitgliedstaaten auf diesem Weg angemessen zu beteiligen.

- Krisenprävention und ziviles Krisenmanagement werden wir in besonderer Weise stärken

- Wir treten für eine verstärkte Zusammenarbeit nationaler Armeen und integrationsbereiter EU-Mitglieder ein. Hierfür wollen wir gemeinsame Kommandostrukturen und ein gemeinsames zivil-militärisches Hauptquartier schaffen.

- Zivile und militärische Missionen der EU betten wir in ein politisches Gesamtkonzept ein, das Konfliktursachen berücksichtigt, eine Exit-Strategie vorsieht und parlamentarisch kontrolliert wird.

STRATEGIE

- Wir werden im ersten Jahr der neuen Bundesregierung eine umfassende Nationale Sicherheitsstrategie vorlegen.

- Wir wollen, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten und inklusiven Ansatzes langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert.

- Wir werden eine ODA-Quote (= Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen) von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens einhalten.

- Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir im Sinne einer Feminist Foreign Policy Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit stärken und gesellschaftliche Diversität fördern. Wir wollen mehr Frauen in internationale Führungspositionen entsenden.

NATO

- Das transatlantische Bündnis ist zentraler Pfeiler und die NATO unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit.

- Solange Kernwaffen im Strategischen Konzept der NATO eine

Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Vor dem Hintergrund der fortbestehenden Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands und Europas nehmen wir die Sorgen insbesondere unserer mittel- und osteuropäischen Partnerstaaten ernst, bekennen uns zur Aufrechterhaltung eines glaubwürdigen Abschreckungspotenzials und wollen die Dialoganstrengungen der Allianz fortsetzen.

ABRÜSTUNG

- Wir brauchen eine Abrüstungspolitische Offensive und wollen eine führende Rolle bei der Stärkung internationaler Abrüstungsinitiativen und Nichtverbreitungsregimes einnehmen. Unser Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt und damit einhergehend ein Deutschland frei von Atomwaffen.

- Wir setzen uns für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz ein. Unser Ziel ist es, den gemeinsamen Standpunkt der EU mit seinen acht Kriterien sowie die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, die Kleinwaffengrundsätze und die Ausweitung von Post-Shipment-Kontrollen in einem solchen Gesetz zu verankern.

BUNDESWEHR

- Neben den Auslandseinsätzen im Rahmen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements, die auf dem Völkerrecht, insbesondere den Beschlüssen der VN, basieren, hat die Landes- und Bündnisverteidigung an Bedeutung gewonnen. Beide Aufgaben sind durch die Bundeswehr gleichermaßen zu erfüllen. Auftrag und Aufgabe der Bundeswehr müssen sich an den strategischen Herausforderungen und Sicherheitsbedrohungen unserer Zeit orientieren. Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr muss sich daraus ableiten. Die Bundeswehr muss entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben bestmöglich personell, materiell sowie finanziell verlässlich ausgestattet werden. Die Strukturen der Bundeswehr müssen effektiver und effizienter gestaltet werden mit dem Ziel, die Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Dazu unterziehen wir Personal, Material und Finanzen einer kritischen Bestandsaufnahme.

- Bewaffnete Drohnen können zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz beitragen. Unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten werden wir daher die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode ermöglichen. Bei ihrem Einsatz gelten die Regeln des Völkerrechts, extralegale Tötungen – auch durch Drohnen – lehnen wir ab. ■

DER SYNODALE WEG: EINE ZWISCHENBILANZ

Der Synodale Weg hat seit 2020 zahlreiche Reformen auf den Weg gebracht. Priester müssen nicht mehr zölibatär leben, Frauen sollen Priesterinnen werden können, Homosexualität ist keine Sünde. Rund 80 Prozent der Mehrheit aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben Grundlagentexte mit diesen Forderungen verabschiedet – Themen, über die viele Katholiken vor einigen Jahren noch nicht mal diskutiert hätten. Kommt nun die Wende in der katholischen Kirche in Deutschland? >>

Texte: Mitglieder*innen aus den Foren

Fotos: Synodaler Weg/Maximilian von Lachner



”
Foren sind der Ort für
den Streit und für die
Erarbeitung der ent-
sprechenden Papiere.

Synodalforum 1. „Macht und Gewaltenteilung in der Kirche“

„Wir wissen um die Schuld, die unsere Kirche auf sich geladen hat – vor allem im sexuellen und geistlichen Missbrauch ihrer Macht.“ So steht es in der Frankfurter Erklärung, die nach der 3. Vollversammlung des Synodalen Wegs entstanden ist und die innerhalb von fünf Tagen bereits über 10.000 Menschen unterschrieben haben. Sie verpflichten sich: „Wir durchbrechen alle Formen eines Missbrauchs von Macht in der Kirche.“ Diese Zeilen machen deutlich, wie zentral im Synodalen Weg, wie zentral für die Kirche nicht nur in Deutschland die Frage nach „Macht und Gewaltenteilung“ ist.

Dabei geht es einerseits sehr grundlegend um das Verständnis von Kirche. Wie wollen wir miteinander Kirche sein? Andererseits um strukturelle Fragen, wie Macht ausgeübt, geteilt und kontrolliert werden kann.

In Forum 1 arbeiten an diesen Themen Theolog*innen, Politolog*innen und Jurist*innen. Geweihte und Nichtgeweihte auf Augenhöhe, alle gemeinsam, ringen um die besten Möglichkeiten, Reformen zu initiieren, welche die Kirche ein Stück evangeliumsgemäßer und zeitgleich basalen Gerechtigkeitsforderungen gemäßer werden lassen. Dabei liegt es auf der Hand, dass komplexe Fragestellungen nicht konfliktfrei und selten im Schnelldurchgang geklärt werden können. Wenn rückblickend auf die 3. Vollversammlung des Synodalen Wegs Kritiker mahnen, dass zu wenig Zeit für die echte Debatte und den Austausch tiefgreifender Argumente gewesen sei, so gilt dies sicher nicht für die Foren: Sie sind der Ort für den Diskurs, an manchen Stellen auch für den Streit und für die Erarbeitung der entsprechenden Papiere.

Der Grundtext des Forums ist verabschiedet

Seine Kerngedanken weisen darauf hin, wie sich die Synodalen die Kirche vorstellen. Dabei geht es auch um ein neues Verständnis von Macht: „Wir haben verstanden, dass Macht als Dienst übertragen wird und geistlicher Tiefe bedarf. Sie kann nur dann segensreiche Wirkungen erzielen, wenn sie geteilt, begrenzt und kontrolliert wird und im Rahmen nachvollziehbarer Qualitätsstandards verliehen und auch wieder entzogen wird.“

Aus diesem Grundverständnis heraus ergeben sich tiefgreifende Veränderungen für das Miteinander in der Kirche, die sich als eine Lernende begreift.

So ist eine unserer Leitlinien, Synodalität nicht als ein Projekt auf Zeit zu betrachten, sondern Synodalität als Grundgedanken unseres kirchlichen Miteinanders zu verstehen. Das bedeutet einerseits nicht, dass künftig alles demokratisch entschieden werden soll. Andererseits meint Synodalität mehr als die Kollegialität der Bischöfe. „Zum synodalen Moment in der Kirche gehört ein neues Miteinander aller Getauften und Gefirmten, in dem die Unterschiede zwischen den verschiedenen Berufungen, auch die zwischen den Diensten und Ämtern, nicht eingegeben werden, aber das Augenmerk darauf gerichtet wird, dass alle Betroffenen gehört werden und dass insbesondere die Stimme der Armen, der Schwachen und Marginalisierten zu Wort kommt.“



Claudia Nothelle ist seit November 2021 Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Der Grundlagentext, Anfang Februar mit Zweidrittelmehrheit aller Synodalen und gesondert noch einmal mit Zweidrittelmehrheit der Bischöfe verabschiedet, stellt die Weichen für viele Veränderungen: für eine Kirche, die dem Evangelium verpflichtet ist und ihre Aufgabe besser erfüllen kann.

Um das zu erreichen, bringt das Synodalforum 1 konkrete Handlungstexte ein. Dabei geht es um den Umgang mit der Macht unter verschiedenen Perspektiven. Wie ist Macht legitimiert? Gibt es partizipative Leitungsformen in der Kirche? Und was ist mit einem Rechtsweg, einer Ombudsstelle? Sollten Verantwortliche in der Kirche rechenschaftspflichtig sein? Das Forum beantwortet diese Fragen mit „ja“ und entwickelt entsprechende Vorschläge. Der erste – die Beteiligung der Gläubigen an der Bestellung der Bischöfe – ist bereits verabschiedet.

Für viele dieser Themen ist es nicht nötig, auf eine Diskussion auf weltkirchlicher Ebene oder eine Entscheidung aus Rom zu warten.

Was jedoch notwendig ist: der Willen der Ortsbischöfe, das Verabschiedete auch umzusetzen und entsprechende Möglichkeiten im eigenen Bistum zu schaffen. Wenn allerdings zwei Drittel der Bischöfe den Texten zustimmen, dann sollte das eine Aussage sein, wie sie selbst dazu stehen. Erste Signale nach der 3. Vollversammlung in Frankfurt sprechen dafür, dass es nicht nur bei der Theorie bleibt.

Im Forum „Macht und Gewaltenteilung“ geht es um weitaus mehr als darum, in der Kirche demokratische Elemente einzuführen. Es geht darum, dass die von Christus her verliehene Vollmacht in den Strukturen der Kirche in der Welt Gestalt annehmen kann.

Der Weg dahin ist nicht leicht. Zu präsent sind die Erfahrungen von Machtmissbrauch und Ohnmacht in der katholischen Kirche. Die Wunden schmerzen – auch die synodalen. Aber die vielen wichtigen Schritte in Frankfurt sind zumindest ein kleines Hoffnungszeichen, das der Test mit der Wirklichkeit bestehen kann. Wer aufbricht, der kann hoffen! ■

Synodalforum 2. „Priesterliche Existenz heute“

Die MHG-Studie hat nicht nur tausendfache sexualisierte Gewalttaten und Vertuschung ans Licht gebracht, sie lässt auch Rückschlüsse auf ihre systemischen Ursachen und Risikofaktoren zu. Diese anzugehen, damit die Kirche ein sicherer Ort wird und ihrer eigentlichen Sendung nachgehen kann, ist Aufgabe des Synodalen Weges. Einer der Brennpunkte auf diesem gemeinsamen Weg der „Umkehr und Erneuerung“ ist dabei die Frage nach der Priesterlichen Existenz heute.

Auch wenn viele der im Priesterforum behandelten Streitfragen seit Jahrzehnten heiße Eisen sind, stellen sich die Fragen seit der MHG-Studie brisant zugespitzt, denn es geht nicht – wie von „lehramtstreuer“ Seite behauptet – um die Durchsetzung von Alt-68er-Forderungen, sondern um die weitgehende Verurmöglichung von Gewalt und Vertuschung innerhalb der Kirche.

Die MHG-Studie hat drei typologische Grundmuster von Missbrauchstätern identifiziert: 1. den pädophil fixierten Typus, den die Kontaktmöglichkeiten der kirchlichen Kinderarbeit anziehen; 2. den narzisstisch-soziopathischen Typus, dem es primär um das Ausleben von Macht geht, der dazu sexuelle Gewalt als eine Form nutzt und der von der Machtposition des Priesteramtes angezogen wird; 3. den regressiv-unreifen Typus mit einer defizitären persönlichen und sexuellen Entwicklung, die sich im vermeintlich sexualitätsfreien Raum von Pflichtzölibats verstecken kann. Pikanterweise sind die zweite und dritte Gruppe der Täter bei Weitem die zahlenstärksten, sodass unser Hauptaugenmerk einerseits auf dem Klerikalismus liegt und sich andererseits die Frage aufdrängt, wie persönliche Reifungsprozesse in unseren Ausbildungen gefördert und kontrolliert und wie unreife Personen möglichst ferngehalten werden können.

Was ist Klerikalismus und wie versuchen wir auf dem Synodalen Weg dagegen vorzugehen?

Der Begriff bezeichnet jenes Verhalten geweihter Personen, das von Hochmut, Selbstbezüglichkeit und Machtstreben gegenüber sogenannten Laien geprägt ist. Klerikalismus beginnt, wo sich geweihte Amtsträger als auserwählter und abgesonderter Stand verstehen, der dem Volk Gottes enthoben und ihm herrschend übergeordnet ist. Dabei hat Klerikalismus zwar eine persönliche Dimension, aber durchaus auch strukturelle und systemische Facetten, sowohl in seinen Ursachen als auch in seinem Ausdruck: ein hervorgehobener Priestersitz im liturgischen Raum; das exklusive Recht, in der Eucharistiefeier zu predigen; die personelle und finanzielle Leitungsmacht in Gemeinden ohne die dazugehörige Ausbildung oder Qualifikation.

Solche strukturellen und systemischen Dimensionen von Klerikalismus versuchen wir anzugehen, weil sie das institutionelle Umfeld und den geistigen Nährboden schaffen, in dem Machtmissbrauch und Grenzüberschreitungen stattfinden können. Der



Simon Hacker lebt im Wiener Studentat des Ordens und arbeitet als Pastoralassistent. Er ist Delegierter der Deutschen Ordensobernkonzferenz (DOK) für die Synodalversammlung.

Synodale Weg tut dies teils direkt, teils indirekt. Direkt dort, wo Laien an der Wahl der Verantwortungsträger beteiligt werden sollen, wo kirchenrechtliche Rechtswege garantiert und wo sowohl die finanzielle als auch die pastorale Leitung und Macht von Priestern durch Kontrolle begrenzt werden sollen. Indirekt dort, wo zukünftig auch ausgebildete und beauftragte Laien am Predigtamt in Eucharistiefeier und an der Gemeindeleitung beteiligt werden sollen. Die Hoffnung bei letzteren Initiativen ist, dass einerseits bisher noch verhinderte Charismen von Laien für die Kirche fruchtbar gemacht werden können, andererseits mit der klerikalen Exklusivität auch das klerikalistische Privileg schwindet – und damit die Anfälligkeit für Grenzüberschreitungen verschiedener Art.

Das Priesterforum hat drei „Handlungstexte“ eingebracht

Sie waren in erster Lesung erfolgreich und werden mit dem Feedback der 3. Synodalversammlung weiterbearbeitet. Der erste ist mit dem Fokus auf Prävention, Intervention und den verwahrenden Umgang mit Täter auf sexualisierte Gewalt bezogen. Der zweite Text nimmt die Priesterausbildung in den Fokus und versucht, Standards von Professionalisierung, wie sie in anderen Bereichen der Gesellschaft üblich sind, auf kirchliche Ausbildungs- und Dienstverhältnisse zu übertragen. Ein dritter Text versucht in Bezug auf den Zölibat einen Spagat aus Bestärkung und Öffnung: Bestärkung, weil diese Lebensform nach wie vor hochgeschätzt wird; Öffnung, weil die Pflicht zum Zölibat wegfallen soll. Besonders in diesem letzten Text verbinden sich vielschichtige Motivationen: die Behebung des Priestermangels; das kaum genutzte Charisma verheirateter Priester; vor allem aber, dass der Pflichtzölibat nicht länger ein tabuisierter Rückzugsort für Männer sein darf, die ihre persönliche und sexuelle Unreife hinter der „Pflicht“ verstecken können.

Bei allen Mühen und Veränderungen wird sich der Synodale Weg an der Frage messen lassen müssen, ob die Kirche durch ihn ein sicherer Ort geworden ist. ■



„
Der Synodale Weg wird
sich an der Frage messen
lassen müssen, ob die Kir-
che durch ihn ein sicherer
Ort geworden ist.



Es geht um Selbstverständliches, um Würde und Gleichberechtigung von Frauen in einer geschwisterlichen Kirche.

Synodalforum 3. „Frauen in Diensten und Ämtern“

Geschlechtergerechtigkeit ist ein zentrales, existenzielles Thema für die katholische Kirche in Deutschland und der Weltkirche. Wieso tut sich die kirchliche Lehre so schwer damit, den Galaterbrief des Apostels Paulus ernst zu nehmen? „Denn ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus angezogen. Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht männlich und weiblich, denn ihr alle seid eins in Jesus Christus“ (Gal 3,27-28).

Geschlechtergerechtigkeit muss an der Zugangsmöglichkeit von Frauen zu allen sakramentalen Ämtern gemessen werden. Die Synodale Vollversammlung hat sich den damit verknüpften Fragen mit theologischer Tiefe und Engagement gestellt. Die Ergebnisse der zweijährigen Arbeit des Synodalforums 3 dokumentiert der sogenannte Grundtext, der im Rahmen der 3. Synodalversammlung in erster Lesung behandelt wurde. Mit großer Mehrheit aller Delegierten und überzeugender Zweidrittelmehrheit der Bischöfe wurden der Grundtext und damit auch der Leitgedanke verabschiedet. Dieser Gedanke, als Ziel formuliert, ist aus meiner Sicht ebenso einleuchtend wie in seinen Konsequenzen zukunftsweisend und in der konkreten Umsetzung noch mit Fragezeichen versehen: „Alle Getauften und Gefirmten erfahren unabhängig von ihrem Geschlecht Anerkennung und Wertschätzung ihrer Charismen und ihrer geistlichen Berufung; sie werden entsprechend ihrer Eignung, ihren Fähigkeiten und Kompetenzen in Diensten und Ämtern tätig, die der Verkündigung des Evangeliums in unserer Zeit dienen.“

Es gab und gibt heute Frauen, die sich zum sakramentalen Amt einer Diakonin oder einer Priesterin berufen fühlen, und die (Männer-)Kirche verwehrt ihnen die Möglichkeit, dem Ruf Gottes zu folgen. Daher stellt der Grundtext heraus: „dem eigenen Empfinden nach von der amtlichen Christusrepräsentation ausgeschlossen zu sein betrachten gegenwärtig viele Frauen als skandalös – anstößig zu Initiativen im Sinne der Verkündigung des österlichen Evangeliums, zu der Jesus Christus auch Frauen von Beginn an berufen hat.“

War es doch Maria Magdalena, „die die Ersterscheinung des Auferstandenen“ erhielt (Joh 20, 1-18).

Daher gilt sie in der Kirche als „Apostola Apostolorum“ (Apostelin der Apostel). Es lohnt, sich in diesem Kontext zu vergegenwärtigen, dass „sich der älteste greifbare Apostelbegriff an der Begegnung mit und der Sendung durch den Auferstandenen“ orientiert. Apostel, so das älteste biblische Verständnis, waren diejenigen, „die sich auf eine Vision des Auferstandenen berufen konnten und sich von ihm als gesandt erfuhren“. Dazu zählen auch Frauen. Nur hat das in den vergangenen 2.000 Jahren nicht zu den notwendigen Folgerungen geführt. Historisch lässt sich das aus den „Geschlechterrollen in der Antike“ erklären. Aber es ist fragwürdig, daraus die Rolle der Frau in der Kirche im 21. Jahrhundert als „endgültig“ festgelegt abzuleiten.

Der Autor, Oberst I.G. Dr. Burkhard Köster, ist Delegierter des Katholikensynodalkomitees beim Katholischen Militärbischof für die Bundeswehr und Mitglied des Synodalforums 3.

Theologisch ist begründbar, dass allen von Gott Berufenen, unabhängig von Geschlecht, der Zugang zu allen Diensten und Ämtern, auch zum Priesteramt, geöffnet werden muss. Den letzten Versuch, dies und jede Diskussion darüber kategorisch zu verhindern, unternahm 1994 Papst Johannes Paul II. in seinem Apostolischen Schreiben „Ordinatio Sacerdotalis“. Sein mit Verweis auf sein Papstamt formuliertes Postulat, dass „die Kirche keine Vollmacht“ habe, „Frauen die Priesterweihe zu spenden“, ist so wenig überzeugend wie uninspiriert. Weitere ins Feld gebrachte „Gegenargumente“, zum Beispiel „Christusrepräsentanz“ könne in der Eucharistie nur durch Männer aufgrund ihres Geschlechts erfolgen oder die kirchliche Tradition sei eindeutig, werden im Grundtext diskutiert. Sie können jedoch nicht überzeugen angesichts eines Frauenbilds in der katholischen Kirche, das ausschließlich von Männern gezeichnet wurde. Einen Aushandlungsprozess gab es nie, und die Theologie und der „Sensus fidelium“ (Glaubenssinn der Gläubigen) sprechen eine andere Sprache.

Der Mangel an theologisch überzeugenden Argumenten für den Ausschluss von Frauen führt zu zwei mantraartig wiederholten Gegenargumenten. Im Falle einer Öffnung wird mit einer angeblich möglichen weltkirchlichen Spaltung oder der Gefahr einer neuen Reformation gedroht. Die Drohkulisse einer neuen Reformation aus Deutschland ist aus meiner Sicht abwegig. Die weltkirchlichen Aspekte nimmt das Forum 3 ernst. Das Thema wird auch in den beiden in erster Lesung mit übergroßer Mehrheit beschlossenen Handlungstexten „Diakonat der Frau“ und „Frauen im sakramentalen Amt“ aufgegriffen, beleuchtet und eingeordnet.

Es geht nicht um Kirchenspaltung, sondern um die Zukunft unserer katholischen Kirche

Es geht um Selbstverständliches, um Würde und Gleichberechtigung von Frauen in einer geschwisterlichen Kirche. Wenn die Kirche künftig wieder attraktiv werden will, um ihren prophetischen Kernauftrag zur Verkündigung der frohen Botschaft zu erfüllen, kommt sie an der Frauenfrage nicht vorbei. Die bisherige Zustimmung zu den Arbeitsergebnissen des Forums 3 macht Hoffnung auf einen Erfolg des Synodalen Wegs. ■

Synodalforum 4. „Leben in gelingenden Beziehungen – Liebe leben in Sexualität und Partnerschaft“

In diesem Forum werden Fragen der Sexuallehre der katholischen Kirche beraten. Es geht um Themen wie die Neubewertung von Homosexualität, die Auflösung des binären Geschlechtersystems, Fragen der Eheführung, die Mehrdimensionalität von Sexualität, die Empfängnisverhütung, die Sicht auf Masturbation, das Verständnis von Ehe und anderen Beziehungsformen, die Grundordnung des kirchlichen Dienstes sowie die pastorale und sexualpädagogische Begleitung. Diese Liste zeigt, dass die katholische Kirche auf Fragen der Sexualität und Geschlechtlichkeit fixiert ist. Gründe der Auseinandersetzung sind die Ergebnisse der MHG-Studie. Sie verdeutlichen, dass die kirchliche Haltung zu Homosexualität und die rigide und lustfeindliche Sexualmoral sowie die dadurch entstandene Tabuisierung von Körperlichkeit und Sexualität Risikofaktoren für sexualisierte Gewalt darstellen. Eine offene und toleranzfördernde Atmosphäre, die Berücksichtigung moderner Erkenntnisse der Sexualmedizin und die Auseinandersetzung mit der Haltung der Kirche zu Emotionalität, Erotik und Sexualität seien dringend erforderlich.

Der Grundtext, der die Breite der Themen widerspiegelt und grundlegende Änderungen der Sexuallehre vorschlägt sowie theologisch begründet, wurde bereits in einer ersten Lesung in der Synodalversammlung beraten. Diese gab dem Synodalforum den Auftrag, auf dem beschrittenen Weg der Weiterentwicklung der Sexuallehre voranzugehen. Allerdings beschloss die Versammlung ebenso, nicht weiter über eine Öffnung der Ehe für nichtheterosexuelle Paare nachzudenken, was aus meiner Sicht eine weitere Diskriminierung und Verletzung der betroffenen Menschen ist.

Das Finden einer sakramentalen Form für Paare, die von der Kirche von der Ehe ausgeschlossen werden, wäre für eine gleichberechtigte Anerkennung der Würde eines jeden Menschen und seiner Beziehungen dringend vonnöten.

Stattdessen beschloss die Synodalversammlung im Februar 2022, dass das Synodalforum sich weiterhin mit einer Segensfeier für Paare beschäftigen darf. Ebenso wurde beschlossen, dass der Text zur Neubewertung der lehramtlichen Aussagen über Homosexualität weiterbearbeitet werden kann. Auch die Änderung der Grundordnung des kirchlichen Dienstes wurde in einer ersten Lesung angenommen.

Der Grundgedanke im Forum ist, Sexualität als eine positive, von Gott gegebene Kraft zu sehen. Sie dient nicht ausschließlich der Fortpflanzung, sondern hat weitere, gleichwertige Dimensionen wie Beziehungsgeschehen, Lustgewinn, Identitätsbildung und Transzendenzerfahrung. Auch die Fortpflanzung hat, neben ihrer biologischen Bedeutung, vor allem ein soziales Gewicht. Die Verantwortung zueinander sowie zu



Gregor Podschun ist Bundesvorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und Mitglied im Synodalforum IV.

Kindern können alle Menschen übernehmen. Weiterhin ist die Existenz von Menschen, die nicht männlich oder weiblich sind, wissenschaftlich nicht zu leugnen – ebenso wenig wie die Erkenntnisse zur Homosexualität. Eine kirchliche Lehre, die wissenschaftlich Erkenntnisse negieren oder begrenzen will, kann in dieser Welt keinen Bestand haben und widerspricht der Idee der Schöpfung eines jeden Menschen als Ebenbild Gottes. Die Mitglieder des Synodalforums arbeiten mit dem Gedanken, dass Beziehungen stets wertvoll sind, wenn sie einvernehmlich und in Liebe zueinander geschehen. Die Übernahme von Verantwortung zueinander, die Fürsorge zur Person gegenüber, die liebende Zärtlichkeit als Spur Gottes auf Erden sind aus Sicht des Evangeliums weitaus bedeutender als eine Engführung von Sexualität auf Zeugung von Nachwuchs.

Die Diskussionen im Synodalforum sind insgesamt von einer großen Offenheit geprägt. Alle bringen sich mit ihren Meinungen ein und die Haltungen zu den einzelnen Themen sind vielfältig. Die entstehenden Texte sind Ergebnisse eines Ringens um einen Konsens, der nicht immer erreicht werden kann. Jedoch haben die Texte eine große Mehrheit im Forum. Meiner Ansicht nach fehlt es jedoch an der Rezeption human- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse. Auch muss bei theologischen Debatten beachtet werden, dass schon allein aus ethischen Gründen eine Andersbewertung von homosexuellen und queeren Menschen abzulehnen ist. Die MHG-Studie und zahlreiche Gutachten zeigen das große Leid und die Gewalt, welche die Sexuallehre der Kirche verursacht hat. Das muss Grund für eine Veränderung sein. Der Maßstab sollte die Liebe der Menschen zueinander und eine einvernehmliche Sexualität sein. Zu weiteren Fragen der Geschlechtlichkeit und Sexualität wäre ein demütiges Schweigen der Kirche geboten. ■



”
Die Versammlung hat beschlossen, nicht weiter über eine Öffnung der Ehe für nichtheterosexuelle Paare nachzudenken.

Israel und seine Konflikte: Zwischen eingefrorenen Auseinandersetzungen und regionaler Annäherung

Israel fasziniert und schillert, doch kaum ein anderes Land erscheint in der medialen Öffentlichkeit so janusköpfig. Auf der einen Seite wird mit Israel ein modernes und urbanes Leben verbunden. Man denkt an die Strände und das ausschweifende Nachtleben von Tel Aviv-Jaffa, die Start-ups und R&D-Center der IT-Giganten oder an die Spitzengeschwindigkeit, mit der die Corona-Impfkampagnen durchgeführt wurden. Auf der anderen Seite stehen das Israel des Nahostkonflikts sowie innerisraelische und regionale Spannungen. Erst im Mai 2021 entzündete sich die letzte größere Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas an der ungelösten Jerusalem-Frage. So sind die Assoziationen, die man mit dem Israel des Konflikts verbindet, gleich viel bedrückender, viel staubiger, viel „nahöstlicher“. Israel ist nicht weder das eine noch das andere. Es ist beides.

Jerusalem als Brennpunkt des Nahostkonflikts

Jerusalem vereint wie unter einem Brennglas viele Probleme des israelisch-palästinensischen Konflikts. Deswegen lohnt sich ein Blick in die Stadt, um den Nahostkonflikt besser zu verstehen. Hier wird der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, der hauptsächlich eine Auseinandersetzung um Land ist, um eine religiöse Dimension erweitert. Für Juden besteht auch nach der Zerstörung ihres Zweiten Tempels 70 n. Chr. durch die Römer eine ungebrochene Verbindung zwischen Gott und seiner Wohnstätte auf dem Tempelberg. An der ihn angrenzenden „Klagemauer“ beten sie zu ihm. Muslime hingegen glauben, dass ihr Prophet Mohammed von

der Erhebung in der Jerusalemer Altstadt, die sie al-Haram asch-Scharif, das „edle Heiligtum“ nennen, seine Himmelfahrt angetreten hat. Zudem befinden sich auf dem Plateau mit der al-Aqsa-Moschee und dem Felsendom zwei wichtige Heiligtümer des Islam. Nicht zuletzt ist die Altstadt Jerusalems auch für Christen ein heiliger Ort, an dem sich unter anderem das Grab Christi befindet.

Unter anderem wegen dieser äußerst bedeutsamen Stätten ist eine Teilung der Stadt als Lösungsoption bislang immer gescheitert. Sowohl Israelis als auch Palästinenser beanspruchen Jerusalem als Hauptstadt ihres (im Falle der Palästinenser künftigen) Staates. Zudem ist das Zusammenleben zwischen Israelis und Palästinensern eher ein „Aneinander vorbeileben“. Das hängt mit unterschiedlichen Lebensrealitäten in der Stadt zusammen, einerseits dem mehrheitlich jüdischen Westjerusalem und andererseits dem mehrheitlich arabischen und infrastrukturell sowie finanziell benachteiligten Ostjerusalem (mit der Altstadt), das 1967 von Israel besetzt und 1980 formal annektiert wurde. Des Weiteren verfügen ca. 264.000 arabische Einwohner nur über einen „Jerusalem-Ausweis“. Dieser räumt ihnen zwar dauerhaftes Bleibe- und Arbeitsrecht in Jerusalem ein. Dennoch sind die Inhaber dieses Ausweises keine Staatsbürger Israels, besitzen somit keinen gültigen Reisepass und können auch nicht an nationalen Wahlen in Israel teilnehmen. Bis heute ist die faktische Verdrängung der arabischen Bewohner Ostjerusalems durch Siedler, insbesondere in den Stadtteilen Sheikh Jarrah und Silwan, immer wieder Auslöser gewalttätiger Auseinandersetzungen in der Stadt.

Der Autor



Foto: Philipp Burkhardt

Philipp Burkhardt arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung im Auslandsbüro in Jerusalem.

Zentrale Konfliktfelder

Die Jerusalem-Frage reiht sich ein in zentrale Streitfragen, deren Lösungen einige Male versucht, aber bislang nie erreicht werden konnten. Neben dem Status der „Heiligen Stadt“ gehören dazu das Rückkehrrecht der Palästinaflüchtlinge, israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten, der Grenzverlauf zwischen Israel und einem künftigen Staat Palästina sowie gegenseitige Sicherheitsgarantien. Im Nachgang der Oslo-Abkommen von 1993 und 1995, die den Palästinensern begrenzte Autonomie im Westjordanland und Gazastreifen einräumten, wurde immer wieder der Versuch unternommen, eine Einigung in diesen Punkten zu finden. Allerdings scheiterten die Verhandlungen teilweise am Misstrauen zwischen den beteiligten Akteuren oder an Ereignissen, die den Friedensprozess zum Erodieren brachten.

Der völkerrechtswidrige israelische Siedlungsbau im besetzten Westjordanland und im annektierten Ostjerusalem torpediert die Chancen eines lebensfähigen palästinensischen Staates.

Dazu zählen die Ermordung Jitzchak Rabins, der Ausbruch der Zweiten Intifada, die Spaltung der Palästinenser in das Hamas-Lager im Gazastreifen und der Fatah im Westjordanland oder der zunehmend rechtsnationale Trend der israelischen Politik. Seit 2014 führten beide Seiten keine direkten Verhandlungen mehr. Zudem werden Fakten „on the ground“ geschaffen. Der völkerrechtswidrige israelische Siedlungsbau im besetzten Westjordanland und im annektierten Ostjerusalem torpediert die Chancen eines lebensfähigen palästinensischen Staates. Laut Angaben der Vereinten Nationen leben zurzeit etwa 700.000 Siedler im Westjordanland und in Ostjerusalem. Der notwendige Landtausch, der für eine Zweistaatenlösung unabdingbar wäre, bleibt eine der größten Herausforderungen für künftige Friedensarchitekten.

Regionale Trends

Neben den eher trüben Aussichten hinsichtlich der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zeichnen sich jedoch im Nachbarumfeld Israels Veränderungen ab, die den Status des Landes in der Region nachhaltig verändern könnten. Die „Abraham-Abkommen“ aus den Jahren 2020 und 2021, mit denen Israel diplomatische Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Sudan und Marokko aufnahm, zeigen, dass es eine Reihe von Staaten gibt, für die Israel als sicherheits- und wirtschaftspolitischer Kooperationspartner interessant ist. Neben einer Reihe individueller Motivationen, welche die beteiligten Staaten zu diesen Abkommen bewegt haben, prägt der iranisch-arabische Gegensatz die Region, er schafft neue Allianzen und drängt somit den israelisch-palästinensischen Konflikt in den Hintergrund. So ist auch eine Reihe von Annäherungszeichen zwischen Saudi-Arabien, dem wichtigsten Konkurrenten Irans in der Region, und Israel zu vernehmen.

Iran und seine Verbündeten, insbesondere die schiitische Hisbollah im Süden Libanons, bleiben das größte Sicherheitsrisiko für Israel. Die Hisbollah verfügt über etwa vier Mal so viele (Präzisions-)Raketen wie die Hamas vor Beginn der letzten Gaza-Eskalation. Darüber hinaus konnte sie während des letzten Libanon-Krieges 2006 der israelischen Armee die Stirn bieten. Daher ist auch das Interesse Israels groß, sich regional weiter zu integrieren, um der in den letzten Jahren stattgefundenen Machtverschiebung Richtung Teheran zu begegnen. Iran konnte im Zuge der Bürgerkriege der Region seinen Einfluss in Staaten wie Syrien, Irak oder Libanon ausweiten und somit zur Regionalmacht aufsteigen.

Wenngleich die Annäherung zwischen Israel und den Staaten der Region Chancen für mehr regionale Stabilität und womöglich auch für mehr Frieden für Israel bietet, so bleiben zahlreiche Konflikte ungelöst. Schließlich agieren regional mit Russland und der Türkei zwei ambivalente Akteure, welche die Dispositionen verkomplizieren. Es bedarf einer Diplomatie des Augenmaßes, insbesondere der engen Verbündeten Israels aus den USA, Deutschland und Europa, um künftige Gewalteskalationen in der Region zu verhindern. ■



Foto: Markus Spiske/Unsplash

Digitalisierung – Ein Modewort kurz (ver-)klärt

Von Sebastian Kaup

Digitalisierung ist in aller Munde. Jeder wirft heutzutage mit diesem Wort um sich. Jedes Unternehmen, jede Verwaltung oder neugewählte Regierung möchte besonders modern sein und schreibt sich Digitalisierung auf die Fahnen.

Für die FDP war Digitalisierung eines der Themen für die vergangene Bundestagswahl und Christian Lindner bricht sich fast jedes Mal die Knöchel auf dem Weg in eine Talkshow, um so oft wie möglich seine Ideen zu Digitalisierung und Deutschland vorzustellen, beispielsweise die Umstellung der Verwaltung, das eigenständige Digitalisierungsministerium oder den Internetausbau.

Dabei zeigt sich nach einem oberflächlichen Studium, was alles an Beiträgen und Diskussionen über und zur Digitalisierung zutage kommt, dass der Begriff äußerst diffus und erschreckend unkonkret ist.

Dies liegt allerdings nicht nur an der inhaltlichen Vielfalt, sondern auch an der möglichen technischen Vielfalt von Digitalisierung und an der Unzulänglichkeit der deutschen Sprache, den Begriff „Digitalisierung“ adäquat ins Deutsche zu übersetzen.

Während wir nur von Digitalisierung sprechen, hat die englische Sprache, und diese ist als „Lingua franca“ maßgebend in Wirtschaft und Wissenschaft sowie Kultur, zwei Ausdrücke. Die englische Sprache unterscheidet bei Digitalisierung zwischen „Digitization“ und „Digitalization“.

„Digitization“ bedeutet, etwas in ein digitales Format zu konvertieren und bezieht sich auf die Kodierung von Daten und Dokumenten, also im Prinzip den Transfer von analogen Daten in 00110100, die Darstellung im Binärcode, den Zahlen 0 und 1, mit denen unsere Computer Daten darstellen.

„Digitalization“ bedeutet, Geschäftsprozesse auf digitale Technologien umzustellen, statt auf analoge oder Offline-Systeme wie Papier oder Whiteboards zu setzen. Kurz gesagt: „Digitization“ bezieht sich auf Informationen, während sich „Digitalization“ auf die Prozesse bezieht.

Auch wenn die Differenzierung dieser beiden Begriffe wie Haarspalterei wirkt, ist es wichtig, den Unterschied zu kennen. Denn während die „Digitization“ in Deutschland voranschreitet, sieht es mit der „Digitalization“ anders aus.

Man denke nur an die Bundeswehr! Viele Daten einer Soldatin sind im Geschäftszimmer digital hinterlegt, Konto, Adresse, Geburtsdatum etc. Hier kann man behaupten, die „Digitization“ kommt in der Bundeswehr an. Aber noch nicht gänzlich. Hier sei zum Beispiel an die Urlaubskartei oder an das Arbeitszeiterfassungstool gedacht. Hier lagern analoge bzw. digitale Daten einer Soldatin abgekoppelt von den restlichen Daten, bearbeitet durch teils andere Mitarbeiterinnen als die SAP-Daten.

Ernüchternd wird das Bild dann, wenn wir die möglichen Prozesse der „Digitalization“ betrachten und feststellen, dass diese Möglichkeiten bei Weitem nicht ausgeschöpft werden. Hier käme es nicht nur darauf an, die Daten zu digitalisieren, sondern auch die Daten miteinander zu verbinden und Prozesse automatisch ablaufen zu lassen.

Ein mögliches Beispiel: eine Soldatin mit einer heizungsnahen Verwendung in einem Stab X. Im SAP ist hinterlegt, dass die Kameradin trennungsgeldberechtigt ist. Sie erscheint jeden Tag zum Dienst und checkt mittels Karte in die Arbeitszeiterfassungsgeräte ein. Statt nun am Anfang eines Monats für den abgelaufenen Monat händisch einen Trennungsgeldantrag (TG) auszufüllen, würde „Digitalization“ bedeuten, dass mittels der erfassten digitalen Daten (Arbeitszeit und TG-Berechtigung) automatisch der TG-Antrag ausgefüllt und von der zuständigen Rechnungsführerin schnell und unkompliziert die Auszahlung erfolgen würde. Maximale Arbeitserleichterung bei minimalem Aufwand, hohem Nutzerertrag und keinerlei Betrugsrisiko. >>

Die Corona-Krise hat die strukturellen Schwächen der Gesundheitsämter offengelegt. Die Behörden waren unterdigitalisiert.

Dieses Beispiel ließe sich auf beliebige andere Prozesse in unseren Streitkräften anwenden. Beispielsweise Befehlserstellung, die Arbeit in den Beteiligungsgremien etc. Die mangelnde Ausschöpfung der Möglichkeiten von „Digitization“ und „Digitalization“ sind auch in der Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung und anderen Bereichen unserer Gesellschaft zu finden.

„Estland hat die Digitalisierung an die Spitze geführt“

Wird ein Kind in dem baltischen Land geboren, meldet das Krankenhaus die Geburt des Kindes an die Behörden. Was für ein Unterschied allein schon zu Deutschland, wo nach der Geburt eines Neugeborenen erst einmal die Ochsentour durch die Behörden ansteht, vom Papierkrieg mit den Beamtinnen ganz zu schweigen.

Nach der Meldung eines neugeborenen Kindes erstellen die estnischen Behörden automatisch eine Bürger-ID. Auf dieser ID sind neben den üblichen Daten wie Geburtsort oder -datum auch die Auszahlung des Kindergeldes und die Krankenversicherung sowie die Steuernummer gespeichert. Im weiteren Verlauf des Lebens werden weitere Gesundheitsdaten gespeichert, aber auch die Ausstellung eines Reisepasses wird mithilfe dieser Bürger-ID digital durchgeführt – ein Behördengang wie in Deutschland ist obsolet.

Dem deutschen Datenschutz läuft es bei einer solchen Sammelwut wahrscheinlich nun kalt den Rücken herunter. Dies ist den estnischen Behörden bewusst. Auch sie unterliegen europäischen Datenschutzverordnungen. Für Estland bedeutet ein hoher Grad an Digitalisierung auch der maximal mögliche Datenschutz. Die Daten der Bürger-ID liegen auf einheimischen Servern, so geschützt über biometrische Daten und Passwörter, dass nur die betreffende Bürgerin auf die Daten zugreifen kann. Zu Datendiebstählen wie bei Google oder Facebook ist es dabei noch nicht gekommen. Jetzt mag man auch einwenden können, dass 1,3 Millionen



Foto: Shutterstock

Esten eine andere Hausnummer seien als 80 Millionen Deutsche. Der ehemalige Wirtschaftsminister Peter Altmaier führte 2020 genau dieses Argument an. Aber: Wo ein Wille ist, da ist auch eine Digitalisierung.

Auch Dänemark hat eine ähnlich hohe Digitalisierung vorzuweisen. Die 5,8 Millionen Dänen haben eine NemID, quasi die estnische Bürger-ID. Hier liefen die Prozesse der „Digitalization“ während der Corona-Krise so gut ab, dass mittels des digitalen Impfreisters jeder Impfberechtigte automatisiert angeschrieben werden konnte. Mittels der auf der NemID hinterlegten Gesundheitsdaten konnte festgestellt werden, wer impfberechtigt war und wer nicht. Wer das entsprechende Alter hatte oder eine Vorerkrankung hatte, für die eine Corona-Erkrankung besonders gefährlich gewesen wäre, wurde zielgerichtet von den Behörden zur Impfung aufgefordert. War man geimpft, wurde dies ebenfalls im digitalen Impfreister gespeichert. So hatte die dänische Regierung stets einen Überblick über den Impffortschritt. In beiden vorgestellten Staaten konnte überblickt werden, wie viele Bürger*innen an Corona erkrankt waren. Auch nach 24 Monaten Pandemie in Deutschland arbeiten deutsche Gesundheitsämter und das RKI immer noch mit Papier und Fax.

Digitalisierung ist vielfältiger, als man denkt. Für die Zukunft sollte man die Unterscheidung zwischen „Digitization“ und „Digitalization“ kennen, denn die „Digitization“ ist der Grundstein für die eigentliche „Digitalization“. Hierzulande sollte es möglich sein, Breitbandausbau und permanentes mobiles Internet zu gewährleisten. Da setzt die „Digitalization“ an. Durch die FDP-Beteiligung an der neuen Bundesregierung wird die Digitalisierung an Fahrt gewinnen und mehr Lebensbereiche betreffen – ob das Smarthome-Alternativen sind – der Kühlschrank erstellt meinen Einkaufszettel – oder das Smartcar. Auch die Bundeswehr wird immer mehr von „Digitization“ und „Digitalization“ betroffen sein.

Grund genug für die GKS, das Thema „Digitalisierung“ zum Jahresthema 2022 zu machen. In den Sachausschüssen „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ wird dieses Thema vorbereitet und zur weiteren Bearbeitung an die Bereiche und Kreise weitergegeben. Die Digitalisierung betrifft sowohl Menschenführung als auch Kampfführung – Themen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Beteiligen Sie sich herzlich an der Diskussion! Es verspricht ein spannendes Jahr für die GKS zu werden. ■

Im Fokus: Zum Schwerpunkt- thema des Jahres 2022

„Digitalisierung! Zugleich Fluch, Verheißung und alternativlos, das Großthema der Stunde. Der Mittelstand, die Bildung, die Industrie, die Medien, die Politik, die Gesellschaft, alle digitalisieren. Irgendwie.“

Mit diesen Worten begann der Blogger und Buchautor Sascha Lobo, der mit seinem roten Irokesen-Haarschnitt unverkennbar ist, am 2. November 2016 einen Beitrag im Rahmen seiner Spiegel Online-Kolumne „Die Mensch-Maschine“. Und genau so erleben wir es alle täglich. Irgendwie.

Dabei ist die Digitalisierung keine isolierte Entwicklung, irgendein Teil unseres Lebens, sondern ein fester Bestandteil unseres Alltags in seinen Bestandteilen. Auch das – irgendwie.

Und es ist egal, wie wir zu ihr stehen, ob wir sie begrüßen, ablehnen, sie fürchten oder herbeisehnen. Wir sind konfrontiert mit der Digitalisierung – irgendwie.

Grund genug für die GKS, sich im Jahr 2022 näher mit ihr zu befassen, hinter die Kulissen zu blicken, hinzuschauen, sie zum Schwerpunktthema zu machen, uns dem Thema aus verschiedenen Richtungen zu nähern. Auch das – irgendwie. Oder doch ganz zielgerichtet?

In lockerer Reihenfolge werden wir im AUFTRAG und auf der Homepage unsere Antworten auf das Thema „Digitalisierung“ geben.

Wie können wir aus Deutschland ein Digitalland machen?

Von Redaktion

Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Rohstoffmangel, eine hybride Arbeitswelt – das sind Herausforderungen, zu denen die Digitalisierung viel beitragen kann. Auch die Corona-Pandemie hat zu einschneidenden Veränderungen in der Organisation und der Durchführung von Lehre und Forschung geführt. So musste dieser Bereich während der Corona-Pandemie aus Infektionsschutzgründen nahezu vollständig in den digitalen Raum verlegt werden. Auch der Alltag hat sich im Zuge der Pandemie stark verändert. Besonders deutlich wird es dort, wo es um die Kommunikation der Menschen untereinander geht. Deutschland hat also in den letzten beiden Jahren einen Digitalisierungsschub erlebt. Durch die vielen innovativen digitalen Lösungen konnte die Bevölkerung ihren Alltag während der Pandemie in vielen Bereichen aufrechterhalten. Es wurde sichtbar, was Technologie ermöglicht, wie sie in Krisensituationen konkret hilft und wo Deutschland nach wie vor unerfreuliche Lücken aufweist. Zudem hat sich die Perspektive auf die Digitalisierung komplett verändert. Wie kann also das Internet in den nächsten Jahren ein Erfolg für alle werden und wo gibt es die größten Hürden zu überwinden?

Das Unternehmen der digitalen Markt- und Meinungsforschung „Civey“ hat im Auftrag von Cisco 2500 Personen zur Digitalisierung in Deutschland befragt. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

61 Prozent der Befragten gaben an, dass die Digitalisierung ihren Alltag erleichtere, hingegen 46 Prozent sich aber auch unsicher oder überfordert mit der Digitalisierung fühlen.

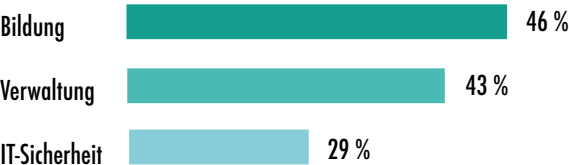
Als größte Hürde werden die Bürokratie (56,4 Prozent), der mangelnde Breitbandausbau (32,6 Prozent) sowie unklare politische Zuständigkeiten (23,3 Prozent) genannt.

„Deutschland hat kein Ideen- oder Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Deshalb brauchen wir eine echte Digital-Offensive. Um diese voranzubringen, sehen die Deutschen die Wirtschaft klar in der Verantwortung“, sagte Uwe Peter, General Manager Cisco Deutschland.

Der dringendste Aufholbedarf wird in den Bereichen Bildung (46,3 Prozent), Verwaltung (42,5 Prozent) und branchenübergreifende IT-Sicherheit (29 Prozent) gesehen. Sicherheit, Transparenz und die Einordnung von Risiken sind aber Grundvoraussetzung, damit sich die Menschen auf die Digitalisierung einlassen.

Schnelle Fortschritte, so glauben die Befragten (53,4 Prozent), können vor allem beim Zugang zu digitalen Angeboten und bei der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft (52,5 Prozent) erzielt werden. Außerdem gaben 34 Prozent an, dass Automatisierung für eine höhere Effizienz und schnelle Fortschritte sorgt. ■

In diesen Bereichen muss Deutschland in den Augen der Befragten am schnellsten aufholen:



* Quelle Cisco.com

Was sind die **HÜRDEN** und **SPRUNGBRETT** der Digitalisierung?

56 %
Bürokratie

Über die Hälfte der Befragten sehen Bürokratie als die größte Hürde für schnelle Digitalisierungsfortschritte.

33 %
Breitbandausbau

Mangelnder Breitbandausbau ist für ein Drittel der Befragten das größte Hindernis.

23 %
Zuständigkeiten

Unklare politische Zuständigkeiten hindern den Fortschritt.

21 %
Datenschutz

Für ein Fünftel der Befragten ist der Datenschutz eine Hürde.

54 %
Bildung

Zugang zu digitalen Angeboten sehen 54% als Chance für schnelle Fortschritte.

53 %
Wirtschaft

Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ist für knapp die Hälfte der Befragten eine Möglichkeit für schnelle Fortschritte.

34 %
Automatisierung

Automatisierung sorgt für höhere Effizienz und schnelle Fortschritte.

16 %
Klimaschutz

Klimaschutz birgt Potenzial für schnelle Digitalisierungsfortschritte.

* Quelle Cisco.com

Die NATO und der Klimawandel

Von Michael Rühle

Der Klimawandel ist zur zentralen Herausforderung für die Menschheit geworden. Die Auswirkungen der zunehmenden globalen Erwärmung – schmelzende Polkappen, steigende Meeresspiegel und vor allem eine Zunahme extremer Wetterereignisse – sind inzwischen weltweit zu spüren. Das im Pariser Klimaabkommen festgelegte Ziel, die globale Erwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen, hat sich als unrealistisch erwiesen. Jüngste seriöse Schätzungen gehen von einem nahezu doppelt so hohen Temperaturanstieg aus. Dies könnte bis zum Jahr 2100 zu einem Anstieg des Meeresspiegels um einem Meter führen. Diejenigen, die immer noch glauben, dass der Klimawandel ein bloßes Hirnspinnst ist, werden bald feststellen, dass sie sich geirrt haben. Der Klimawandel wird die globale Landkarte grundlegend neu zeichnen: geografisch, wirtschaftlich, politisch – und auch in Bezug auf die Sicherheit.

Viele Regierungen haben den Klimawandel zu einer Angelegenheit der nationalen Sicherheit erklärt

Die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf die internationale Sicherheit werden gravierend sein. Naturkatastrophen wie Hungersnöte oder Überschwemmungen werden zunehmen und die politische und wirtschaftliche Stabilität insbesondere ärme-

rer Staaten gefährden. Dürren oder der Rückgang der Anbauflächen werden zu Missernten und folglich zu höheren Lebensmittelpreisen führen. Steigende Meeresspiegel und die gleichzeitige Versteppung großer Landflächen könnten Migrationsströme auslösen. Streitigkeiten um bewohnbares Land oder Trinkwasser könnten sich in militärischen Konflikten entladen. Die schmelzenden Eiskappen am Nordpol werden neue Seewege schaffen und damit neue wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen, sie könnten aber auch zu einer neuen Arena des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Wettbewerbs werden. Aus diesen Gründen haben viele Regierungen den Klimawandel zu einer Angelegenheit der nationalen Sicherheit erklärt.

Der steigende Meeresspiegel gefährdet Marinestützpunkte

Der Klimawandel ist jedoch nicht nur ein „threat multipler“. Er wird auch bestimmen, wo und wie die Streitkräfte der NATO künftig operieren müssen. Ein strategisches Umfeld, das sich durch den Klimawandel verändert, stellt die Streitkräfte bereits jetzt vor erhebliche militärisch-operative Herausforderungen. So hat der sich verändernde Salzgehalt des Wassers im Golf von Aden zum Ausfall der Turbinen von Fregatten geführt. Die NATO-Streitkräfte in Afghanistan hatten jahrelang mit hohen Temperaturen zu kämpfen, die zu einem erheblichen Verlust an Startleistung und Nutzlast der Flugzeuge führten. Die Zunahme von Sandstürmen erschwerte die Planung und Durchführung militärischer Flüge. Im Irak müssen die Soldaten Temperaturen von 50 Grad Celsius und mehr ertragen – Temperaturen, für die ihre Ausrüstung nicht vorgesehen ist. Der steigende Meeresspiegel gefährdet Marinestützpunkte. Auch Militäreinrichtungen im Landesinneren sind gegen den Klimawandel nicht immun. Die Zahl durch extreme Wetterereignisse verursachter Schäden an militärischen Einrichtungen nimmt stetig zu. >>



Foto: Shutterstock

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist ein Meeresspiegelanstieg zu beobachten, der allein im 20. Jahrhundert bei etwa 17 Zentimeter gelegen hat. Durch die erfolgten Treibhausgasfreisetzungen werden die Meeresspiegel auf Jahrhunderte weiter ansteigen. Die Höhe des Anstieges ist abhängig von der Menge der freigesetzten Treibhausgase.

„Die NATO wird Klimafragen in das gesamte Spektrum ihrer Aktivitäten integrieren.“

Das Strategische Konzept der NATO aus dem Jahr 2010 war das erste Dokument des Bündnisses, das einen Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit enthielt. Allerdings gelang es dem Papier nicht, die Verbündeten in dieser Frage zu gemeinsamem Handeln zu bewegen. Die NATO-Mitglieder zögerten, sich mit einem Thema zu befassen, das in eine kontroverse Diskussion über die nationale Klima- und Energiepolitik oder politisch sensible Regionen wie den Hohen Norden hätte ausarten können.

Inzwischen hat sich die Einstellung der Verbündeten jedoch geändert. Auf dem NATO-Gipfel im Juni 2021 verabschiedeten sie einen Aktionsplan zum Thema Klimawandel und Sicherheit. Darin werden nicht nur die potenziell dramatischen sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels aufgeführt, sondern es wird auch eine ehrgeizige Agenda für das Bündnis festgelegt, zu der auch eine Verringerung der durch militärische Aktivitäten verursachten Treibhausgase gehören soll.

Die Rolle der NATO

Die künftige Rolle der NATO bei der Bewältigung des Klimawandels beginnt mit einer umfassenden Bewertung der Auswirkungen der globalen Erwärmung auf das strategische Umfeld der NATO sowie auf ihre Operationen. Darüber hinaus soll das Bündnis die Auswirkungen des Klimawandels in seine Risikoanalysen und in seine Bewertungen der Widerstandsfähigkeit („Resilienz“) einzelner Verbündeter und Partnerstaaten einbeziehen. Das Wissenschaftsprogramm der NATO, das seit Jahrzehnten die Forschung zu Klima- und Umweltsicherheit unterstützt, soll noch stärker auf Klimafragen ausgerichtet werden.

Die NATO wird außerdem Klimafragen in das gesamte Spektrum ihrer Aktivitäten integrieren. Dazu gehören zum Beispiel die Verteidigungsplanung, die zivile Notfallplanung, die Standardisierung, militärische Übungen und die Katastrophenhilfe. Auch die Beschaffungspolitik der Verbündeten soll die militärischen

Anforderungen für Operationen in einem veränderten strategischen Umfeld widerspiegeln. Die Bündnispartner haben darüber hinaus ihre Absicht erklärt, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten der NATO zu untersuchen, einschließlich der Auswirkungen auf die militärische Mobilität und die Bereitstellung von Verstärkungskräften. Die NATO wird auch den Dialog mit anderen Institutionen suchen. Dies gilt insbesondere für die Vereinten Nationen und die Europäische Union, die bei der Bekämpfung des Klimawandels eine Vorreiterrolle übernommen haben und deren Entscheidungen die künftige Politik der NATO zumindest indirekt beeinflussen. Auch der Dialog und die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten, von denen viele derzeit stärker vom Klimawandel betroffen sind als die meisten Verbündeten, sollen intensiviert werden. In der Vergangenheit hat das Wissenschaftsprogramm der NATO klimabezogene Projekte in Partnerländern unterstützt, z. B. die Frühwarnung vor Überschwemmungen in der Ukraine oder die Verhinderung der Versteppung in Ägypten. Einige Partnerstaaten sind auch an den Erfahrungen der Bündnispartner bezüglich der Steigerung der Energieeffizienz ihrer Streitkräfte interessiert. Die NATO möchte auch mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Für das Jahr 2022 ist erstmals eine große jährliche Veranstaltung zum Thema Klimawandel und Sicherheit geplant.

Der Autor



Foto: Michael Rühle

Michael Rühle leitet das Referat für Klima- und Energiesicherheit in der Abteilung für neue Sicherheitsherausforderungen der NATO in Brüssel. Er gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.



Foto: Shutterstock

NATO-Gipfels 2021: Die Folgen des Klimawandels sind zentrale Herausforderungen für weltweite Stabilität und Sicherheit und betreffen die Mitgliedstaaten bereits jetzt. In den Einsatzgebieten der Bundeswehr herrschen zum Teil extreme klimatische Bedingungen. „Wir müssen unsere Streitkräfte so aufstellen, dass sie resilient und reaktionsfähig gegenüber den Folgen des Klimawandels bleiben“, sagte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im Vorfeld des NATO-Gipfels.

Die ehrgeizigste Dimension der neuen Rolle der NATO im Bereich der Klimasicherheit ist das Ziel, einen Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels zu leisten. Hierfür wird die NATO zunächst die analytische Grundlage für die Messung von Treibhausgasemissionen aus militärischen Aktivitäten und Einrichtungen entwickeln. Dies würde einen Vergleich der nationalen militärischen Emissionen ermöglichen, was wiederum den Verbündeten bei der Formulierung von Zielen zur Reduzierung der freiwilligen Emissionen helfen sollte. Gleichzeitig könnte sich die Erhebung vergleichbarer Daten über den militärischen Energieverbrauch positiv auf künftige nationale Innovations- und Investitionsentscheidungen im Hinblick auf die Entwicklung energieeffizienterer Streitkräfte auswirken.

Die Verringerung der Treibhausgasemissionen der Streitkräfte der NATO-Staaten wirft unweigerlich die Frage nach der Machbarkeit auf. Es liegt auf der Hand, dass die Aufrechterhaltung der militärischen Kompetenz der NATO stets Vorrang haben muss.

Daher ist eine Verringerung der Emissionen, z. B. durch den schrittweisen Verzicht auf fossile Brennstoffe, nur dann sinnvoll, wenn sie die operative Wirksamkeit der Streitkräfte nicht beeinträchtigt oder – besser noch – erhöht. Die in den Streitkräften vieler NATO-Staaten durchgeführten Experimente zeigen, dass die Verringerung von Emissionen und die Steigerung der militärischen Leistungsfähigkeit nicht unbedingt im Widerspruch zueinander stehen. So, wie heutige Pkws sauberer und dennoch leistungsfähiger sind als frühere Modelle, kann auch militärisches Gerät „grüner“ werden, ohne dass die Kampfkraft darunter leidet. >>



Abrüsten fürs Klima? Damit die Klimakrise nicht zur Klimakatastrophe wird, muss gemeinsam, gesamtstaatlich und vor allem multinational gehandelt werden.

„Militärische Sicherheit und Klimasicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“

So haben beispielsweise die Seestreitkräfte Italiens und die Vereinigten Staaten gemeinsam Biotreibstoffe getestet, für deren Herstellung keine Nahrungsmittel (z. B. Raps) mehr benötigt werden. Neue Schiffsturbinen verbrauchen weniger Treibstoff und sind sauberer. Auch die Land- und Luftstreitkräfte einiger NATO-Staaten experimentieren mit Biokraftstoffzusätzen, Wasserstoff-Brennstoffzellen, Elektrofahrzeugen und Verbesserungen der Aerodynamik. Die NATO unterstützt ein Projekt zur Verringerung des Dieselverbrauchs in abgelegenen Militärstützpunkten, indem klassische Dieselgeneratoren durch den Einsatz von Wind- und Solarenergie entlastet werden. Viele dieser Experimente wurden in die Wege geleitet, um teuren Treibstoff zu sparen oder die logistische Belastung der Streitkräfte zu verringern. Da diese technologischen Innovationen jedoch letztendlich auch zu einer spürbaren Reduzierung der CO₂-Emissionen führen werden, sind sie nicht nur militärisch, sondern auch politisch von Bedeutung.

Wie die NATO ihre Ziele erreichen möchte

Mit ihrem Aktionsplan hat sich die NATO große Ziele gesetzt. Um sie zu erreichen, ist es allerdings notwendig, allzu euphorischen Erwartungen – insbesondere, was die Verringerung militärischer Emissionen betrifft – entgegenzutreten. Wenn aus Umfragen hervorgeht, dass insbesondere die jüngere Generation den Klimawandel als die größte Sicherheitsbedrohung betrachtet, muss die NATO zeigen, dass sie diese Bedenken ernst nimmt. Ebenso wichtig ist es, dass die Agenda der NATO diverse Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels enthält, unabhängig davon, wie schwierig diese auch sein mögen. Würde sich die NATO nicht zur Verringerung ihrer eigenen Treibhausgasemissionen verpflichten, wäre ihre Botschaft kaum glaubwürdig und sie würde sich den Vorwurf einhandeln, mit zweierlei Maß zu messen. Zugleich aber muss festgehalten werden, dass militärische Ausrüstung viele Jahre der Entwicklung bedarf, bevor sie in Dienst gestellt wird, und sie anschließend mehrere Jahrzehnte lang im Einsatz bleibt. Neue, energiesparende und „saubere“ Technologien bilden da keine Ausnahme. Sie müssen entwickelt, gekauft, in die

bestehenden nationalen Streitkräfte integriert und mit der Ausrüstung anderer Verbündeter interoperabel gemacht werden. Wer hier auf rasche Fortschritte hofft, könnte enttäuscht werden. Die Hauptaufgabe der NATO bleibt die Sicherung von Frieden und Stabilität, sei es durch Abschreckung, kollektive Verteidigung oder Krisenbewältigung. Die globale Erwärmung mag die Art und Weise, in der diese Aufgaben erfüllt werden, verändern, aber sie ändert nichts an ihrer grundlegenden Bedeutung. Um ihre Kernaufgaben zu erfüllen, muss die NATO ihre militärische Kompetenz bewahren. Dies lässt keine Kompromisse zu, nur um sich ein „grüneres“ Image zu verschaffen. Die Streitkräfte der NATO werden noch für eine beträchtliche Zeit große Mengen an fossilem Brennstoff verbrauchen. Sie deshalb zum Mitverursacher des Klimawandels zu stigmatisieren und dabei gleichzeitig ihre existenzielle Bedeutung für die nationale und kollektive Verteidigung zu ignorieren, wäre grob fahrlässig. Militärische Sicherheit und Klimasicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Längerfristig werden die Bündnispartner auch die künftige Rolle der NATO bei humanitären Operationen überdenken müssen. Schon heute spielen die Streitkräfte vieler Staaten eine wichtige Rolle als „first responder“ bei Naturkatastrophen. Sie sichern das Katastrophengebiet und versorgen die Opfer mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. Der NATO sind humanitäre Einsätze nicht fremd: Nach einem schweren Erdbeben in Pakistan im Jahr 2005 brachte die NATO über 3.500 Tonnen Hilfsgüter in das Krisengebiet. Damals wurden solche Operationen ohne jegliche konzeptionelle Untermauerung oder Bezugnahme auf die Klimasicherheit durchgeführt. Geht man jedoch davon aus, dass die Zahl der klimabezogenen humanitären Einsätze zunehmen wird, dann wird sich diese neue Realität früher oder später auch in neuen Anforderungen an Einsatzkonzepte, Ausbildung und Ausrüstung der NATO-Staaten niederschlagen. Die NATO hat sich zum Ziel gesetzt, die „führende internationale Organisation“ in der Frage der sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels und der notwendigen Anpassungsmaßnahmen zu werden. Dies ist ein ehrgeiziges Ziel, aber es ist in Reichweite. Das nächste Strategische Konzept der NATO, das auf dem Madrider Gipfel im Juni 2022 vorgestellt werden soll, wird jedenfalls deutlich machen, dass der Klimawandel eine sicherheitspolitische und militärische Realität geworden ist. Dem neuen Konzept wird deshalb das Schicksal seines Vorgängers von 2010 erspart bleiben. Damals wurden die Sicherheitsrisiken des Klimawandels zwar erwähnt, aber die Verbündeten nahmen davon kaum Notiz. Dieses Mal hingegen werden Wort und Tat übereinstimmen. ■



Geschichten der Hoffnung
Ein Handbuch für das Leben

„Geschichten sind das, was uns verbindet und uns daran erinnert, dass Hoffnung immer möglich ist.“ Die Autorin Heather Morris präsentiert in diesem inspirierenden Handbuch für das Leben Geschichten der bemerkenswerten Menschen, denen sie auf ihrem Weg begegnet ist, und die Lektionen, die sie für uns bereithalten. Sie erzählt von der Weisheit ihres Großvaters, der Neugier ihrer Kinder und der unendlichen Güte von Lale Sokolov, dem „Tätowierer von Auschwitz“.

Es ist ihr bisher persönlichstes Buch, in dem sie von den prägenden Erlebnissen ihres Lebens erzählt und wie sie gelernt hat, jenen, die sich ihr anvertrauen, wirklich zuzuhören – eine Fähigkeit, die wir ihrer Meinung nach alle lernen können.

Heather Morris
272 Seiten
Piper Verlag
16,00 €



Mit Kindern über Krieg sprechen
Handreichung

Eichstätt (KNA) Die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) hat die Handreichung „Mit Kindern über den Krieg reden. Was Kinder brauchen und was Eltern wissen sollten“ herausgegeben. Erarbeitet wurde diese am Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG), wie die KU am Dienstag mitteilte. „Die schrecklichen Bilder, die uns täglich über die Medien erreichen, sind schon für uns Erwachsene belastend. Welche Ängste können sie erst bei Kindern erzeugen!“, sagt ZFG-Direktor Klaus Stüwe.

Grundlage für die Handreichung sei die Kooperation der Uni mit der Katholischen Militärseelsorge, heißt es. Dabei stehe im Mittelpunkt, wie sich im Umfeld von Soldatinnen und Soldaten kritische Lebensereignisse, Fernbeziehungen und Isolation auf Partnerschaft, Familie und Erziehung auswirken. Ein Schwerpunkt liege dabei auch auf den Ängsten von Kindern. Als Autorinnen und Autor wirkten mit Peter Wendl sowie Peggy Puhl-Regler und Alexandra Ressel. Wendl leitet seit 2002 die Kooperation mit dem Militärbischofsamt. Ressel erforscht die Lebenswirklichkeit von Soldatenfamilien, Puhl-Richter untersucht das Familienleben unter besonderen Bedingungen.

„Der Versuch, die belastenden und ängstigenden Themen wie Krieg, Flucht, militärischer Aufrüstung und wechselnde Bedrohungslagen von Kindern fernzuhalten, um sie vermeintlich zu schützen, wird nicht immer funktionieren“, schreiben Wendl, Ressel und Puhl-Richter. Denn im Freundeskreis, im Kindergarten, in der Schule und in den Medien werde vieles bereits thematisiert. Da Kinder oft nur rudimentäres Wissen zu einem Thema hätten, solle zu Beginn eines Gesprächs geklärt werden, was sie bereits dazu wüssten. Weiterführende Erklärungen zu den Schreckensmeldungen aus den Nachrichten gelte es auf das Wichtigste zu beschränken.

Um Kindern etwas zu erklären und begreiflich zu machen, brauche es keinesfalls die ganze „ungeschönte“ Wahrheit, heißt es. Denn je nach Alter könnten sie Sachverhalte und Gegebenheiten noch nicht vollumfänglich erfassen. Vielmehr sei es wichtig, ihnen die für sie nötigen Informationen knapp und möglichst neutral darzustellen. Sie bräuchten nur diejenigen, die sie wirklich wissen müssten, um einen Sachverhalt besser verstehen und einschätzen zu können.

Abrufbar ist die Publikation unter www.ku.de/zfg im Internet.

Rezensionen

„Pushback“ ist Unwort des Jahres 2021

Das „Unwort des Jahres“ wird seit 1991 gewählt. Eine Jury aus fünf Sprachexperten sowie einem jährlich wechselnden externen Mitglied benennt ihrer Ansicht nach unangemessene Formulierungen im öffentlichen Sprachgebrauch des vergangenen Jahres. Ziel ist es, das Sprachbewusstsein zu fördern.

Die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) dokumentiert die seit dem Jahr 2000 ausgewählten Begriffe. 2020 gab es ein Novum, als erstmals zwei Unwörter des Jahres ausgewählt wurden. Hier im Überblick:

- 2021: Pushback**
2020: Rückführungspatenschaften, Corona-Diktatur
2019: Klimahysterie
2018: Anti-Abschiebe-Industrie
2017: alternative Fakten
2016: Volksverräter
2015: Gutmensch
2014: Lügenpresse
2013: Sozialtourismus
2012: Opfer-Abo
2011: Döner-Morde
2010: alternativlos
2009: betriebsratsverseucht
2008: notleidende Banken
2007: Herdprämie
2006: freiwillige Ausreise
2005: Entlassungsproduktivität
2004: Humankapital
2003: Tätervolk
2002: Ich-AG
2001: Gotteskrieger
2000: national befreite Zone

Das Unwort des Jahres ist nicht zu verwechseln mit dem Wort des Jahres, zu dem für 2021 der Ausdruck „Wellenbrecher“ und für 2020 der Begriffe „Corona-Pandemie“ gewählt worden waren. Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) in Wiesbaden kürt mit dem „Wort des Jahres“ den Ausdruck, der nach Einschätzung der Jury die Diskussionen des Jahres bestimmt hat.



In memoriam: Der Vater der Wimmelbücher

Mit seinen Wimmelbüchern hat er Generationen von Kindern begeistert. Der Münchner Autor und Illustrator Ali Mitgutsch ist Anfang des Jahres gestorben.

München (KNA) Wer jemals mit Kindern die Wimmelbücher von Ali Mitgutsch angeschaut hat, kennt diesen Sog: Man kann in diesem Gewusel von Geschichten vom Bauernhof, aus der Stadt, vom Piratenschiff oder von den Jahreszeiten nicht mehr aufhören mit dem Suchen und Entdecken, dem Erzählen und Lachen. Alles passiert gleichzeitig und alles ist wichtig. Unglücke, Missgeschicke, Streiche und lustige Begebenheiten: Es ist der Blick von oben, aus der sogenannten „Riesenrad-Perspektive“, der enthüllt, was sonst verborgen bleibt. Mitgutsch wurde 1935 in München geboren. In der von Bomben zerstörten Stadt sammelte er seine frühesten Eindrücke. Er absolvierte eine Ausbildung zum Lithografen und studierte später an der grafischen Akademie in München. Der Kinderpsychologe Kurt Seelmann gab ihm in den 1960er-Jahren den Anstoß, eine besondere Art von Kinderbüchern zu zeichnen. 1968 erschien sein erstes Wimmelbuch „Rundherum in meiner Stadt“ im Ravensburger Verlag. 1969 erhielt er dafür den Deutschen Kinder- und Jugendbuchpreis. Mit den Wimmelbüchern hat Mitgutsch ein neues Genre geschaffen. Allein in Deutschland gingen über fünf Millionen Exemplare der ohne Worte auskommenden Kinderbücher über die Ladentische, international kamen mehr als drei Millionen verkaufte Exemplare dazu. In Interviews zu seinem 80. Geburtstag sagte Ali Mitgutsch: „Jedes einzelne Wimmelbild ist ein Teil von mir. Meine Wimmelbücher sind gemacht, um die Kinder in die Gärten der Fantasie zu führen.“

Ravensburg
12,99 €

Was macht eine christliche Friedens- und Konfliktethik aus?

Von Dr. Marco Schrage

Wer sich im christlichen Glauben um eine ausgewogene Reflexion zu Frieden und bewaffnetem Konflikt müht, steht vor der unabgeschlossenen Herausforderung, Moralität vernünftig sein zu lassen. In anderen Worten muss er oder sie darauf achten, weder den Irrweg der Mortalität – des Managements von Unrecht und Leid – noch jenen der Illusion – des Überblendens dieses Geschehens – zu wählen. Dieser Anforderung muss sich auch der wissenschaftliche Zugang, muss sich ebenfalls die Theologie stellen. Ein ausgewogener Blick auf Frieden und bewaffneten Konflikt aus Perspektive theologischer Ethik bedeutet, sowohl den Frieden als haltungs- sowie handlungsausrichtendes Leitbild und Zielgröße anzusehen als auch die Existenz des bewaffneten Konflikts nicht auszublenden und in bestimmten Extremfällen Gewaltanwendung nach strengen Kriterien als legitim zu bezeichnen. Es geht um ein – keineswegs symmetrisches! – unhintergehbare Ineinander von Friedens- und Konfliktethik. Das Proprium theologischer Ethik – also das, was ihr Eigenes ausmacht und das aus dem denkkonstitutiven Raum der Gemeinschaft der Gläubigen hervorgeht – kommt allerdings bei der Friedensethik stärker zum Tragen als bei der Konfliktethik. Denn im Hinblick auf Frieden besteht Ethik im Entwickeln von Orientierungsparametern und verlangt klugheitsgeleitetes Neuerschließen, während sie hinsichtlich des bewaffneten Konflikts das Erarbeiten von Prüfparametern ist und klugheitsgeleitete Kriterienreflexion erfordert.

So ist der wichtigste Aspekt einer theologischen Friedens- und Konfliktethik meines Erachtens, dass sie durch die ihr eingeschriebene eschatologische Dimension die stets drohenden Seitengraben der demiurgischen Überhöhung wie der hoffnungslosen Verzweiflung meidet. Im Europa des Jahres 2022 ist uns die Aufgabe, diesen schmalen Weg zu befahren, wieder nachvollziehbar geworden.

Anders ausgedrückt: Theologische Friedens- und Konfliktethik ist gleichzeitig von den Haltungen der Demut wie der nüchternen Hoffnung durchdrungen. In dieser Weise zu denken und zu wirken bedeutet, zweierlei komplementär zusammenfügen zu können. Zum einen, in realistischer Weise das anzunehmen, was die eigenen Möglichkeiten übersteigt: sich also nicht mit dem vermeintlich großen Wurf zu übernehmen, sondern sich auf kleine, sichere Etappen zu beschränken. Zum anderen, sich nicht mit dem abzufinden, was im Hier und Jetzt

möglich ist: sich nicht auf Defizitminimierung zu reduzieren, sondern vom Darüberhinausreichenden erfüllt zu bleiben. Auf dieser Grundlage lässt sich dann auch in zustimmungswerter und konstruktiver Weise mit dem graduellen und dynamischen Gefüge von negativem und positivem Frieden arbeiten. Was in seinem Fundament fest verankert und nach oben hin wachstumsbegünstigend ist, das wird dem menschlichen Leben und Zusammenleben am ehesten gerecht. Das minimalistische Konzept des negativen Friedens bedeutet, dass kein Krieg herrscht und ebenso keiner droht, dass Menschen keine direkte körperliche Gewalt erfahren oder konkret fürchten. Das weitergehende Konzept des positiven Friedens umfasst demgegenüber, Not abzubauen, Gewalt zu vermeiden und Unfreiheit zu mindern, also deutlich umfangreichere Abwehr- und Teilhaberechte. Auch wenn in der letztverbindlichen Zentrierung auf den Menschen hin ein positiver Friede sowohl im inner- als auch im zwischenstaatlichen Bereich eine Bedingung ist, um Einzelnen wie Gemeinschaften die bestmögliche Entfaltung zu ermöglichen, so hat an zahlreichen Orten unserer Welt das angemessene Engagement dem anmutenden negativen Frieden zu gelten. Dass kein Krieg herrscht und ebenso keiner droht, dass Menschen keine direkte körperliche Gewalt erfahren oder konkret fürchten, erfordert im Falle eindeutiger Aggression, dem Angreifer in den Arm zu fallen, und jene, die es tun, dabei zu unterstützen – in Demut und Hoffnung. ■

Der Autor



Foto: KMBA

Dr. Marco Schrage ist wissenschaftlicher Projektleiter und Priester in Osnabrück.

IMPRESSUM

„AUFTRAG“ ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

HERAUSGEBER:

Gemeinschaft Katholischer Soldaten
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de

REDAKTION:

Verantwortliche Redakteurin:
Nadin Schley V. i. S. d. P.

TITELFOTO:

Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:

Redaktion AUFTRAG
Am Weidendamm 2
10117 Berlin
redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:

GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18
BIC: GENODED1PAX

LAYOUT:

Editorial Publishing Berlin e. K.
Eberhard-Roters-Platz 14
10965 Berlin

DRUCK:

Umweltdruck Berlin GmbH
Sportfliegerstraße 5
12487 Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS:

10. Februar 2022